8

Bonn, Montag 3. Dezember 1962

Sprecher: Adenauer, Albers, Barzel, Blank, von Brentano, [Dollinger], Dufhues, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, von und zu Guttenberg, Hellwig, Katzer, [Lemke], Lücke, Meyers, Röder, Scheufelen, Schmücker, Strauß, Struve, [Wacher], Wuermeling.

Koalition mit SPD oder FDP; Wahlrechtsänderung.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: gegen 15.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren, zunächst ein Wort der Entschuldigung. Das Präsidium der CDU hatte eine Vorbesprechung, die um 9 Uhr begann und nicht gerade unerregt verlief.[1] Aber sie war auch insofern für Sie von Bedeutung, als ich glaube, daß der Verlauf dieser Aussprache uns hier leiten wird, ruhig – möglichst ruhig – zu bleiben. Wir haben dann im Laufe des Tages um 15 Uhr hier schon wieder eine Sitzung des Vorstandes der Fraktion und um 19 Uhr eine Sitzung der Fraktion. Was dann von uns übriggeblieben ist, das wird sich zeigen.

Ich darf feststellen, daß sich entschuldigt haben die Herren Altmeier, Bitter[2], Dichtel, Seebohm, Kiesinger und Frau Jochmus. In Vertretung von Herrn von Hassel ist Herr Lemke hier.

Ehe ich Herrn Dufhues das Wort gebe, meine Damen und Herren, – nein, ich möchte doch Ihnen zuerst das Wort geben. Bitte, Herr Dufhues.

Koalition mit SPD oder FDP; Wahlrechtsänderung

Dufhues: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich betrachte es durchaus als Auszeichnung, diese Diskussion einleiten zu dürfen, so schwer es sein wird, die rechten Worte zu finden und die Akzente richtig zu setzen.

Aus der Presse des heutigen Morgens, nicht zuletzt aus den Schlagzeilen, wissen Sie, vor welcher entscheidenden Frage die Politik der Christlich-Demokratischen Union steht. Sie werden zunächst Berichte entgegennehmen, wahrscheinlich des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Lücke und anderer Parteifreunde. Ich will diesen Berichten keineswegs vorgreifen; aber es sei mir gestattet, einen Gedanken an die Spitze der heutigen Beratung, an den Anfang sehr ernster Überlegungen zu stellen.

1 Ergebnisprotokoll in ACDP VII-001-053/1.
2 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger; Mitgründer und Bundes- bzw. Ehrenvorsitzender der KPV. Vgl. Protokolle 2 S. 132 Anm. 99.

Die Christlich-Demokratische Union steht vor der Frage, ob sie unter Voraussetzungen, über die zu sprechen sein wird, in der Lage und bereit ist, ernsthaft eine Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei zu prüfen. Niemand erkennt mehr als ich die ungewöhnliche psychologische Schwierigkeit, die für die Christlich-Demokratische ebenso wie wahrscheinlich für die Christlich-Soziale Union darin besteht, in und aus einer Situation der Schwäche solche Verhandlungen zu führen. Ich gehöre zu denen, die mit allem Ernst, mit aller Kritik, darauf hingewiesen haben, daß gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, die gegenwärtige Situation – sowohl der Christlich-Demokratischen Union wie auch die allgemeine politische Situation in Deutschland – eine sehr schwere und ernste Belastung solcher Möglichkeiten und Erwägungen sind.

In diesem Kreise würde sicherlich niemand bereit sein, solche Verhandlungen jetzt aufzunehmen, wenn nicht zugleich eine Frage zur Diskussion stünde, die sich jeder von uns stellen muß, der sich über das rein parteipolitische Denken hinaus der Zukunft unseres Vaterlandes, der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und des gesamten Deutschland verpflichtet fühlt. Die damit verbundene Frage kann für die Stabilität und die Stabilisierung der Faktoren deutscher und europäischer Politik von entscheidender Bedeutung sein. Wir haben aus der Presse entnehmen können und werden sicherlich wissen, daß mit den Überlegungen, ob ernsthaft eine Koalition mit der SPD geprüft werden kann, die Frage verbunden sein soll, ob wir unser Wahlrecht ändern, und zwar durch die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechtes. Diese Frage hat nicht den Rang einer normalen gesetzlichen Maßnahme. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Das, was die Thronfolgeordnung für die Monarchie ist, ist für die Demokratie das Wahlrecht. Diese Thronfolgeordnung der Demokratie hat die entscheidende Aufgabe, die Stabilität der politischen Verhältnisse auf die Dauer zu sichern.

Nun setze ich meinen Gedanken fort: Um die Stabilität und die Stabilisierung unserer politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, in Europa, aber auch innerhalb der Christlich-Demokratischen und – Herr Strauß, wenn ich das sagen darf – auch der Christlich-Sozialen Union gehen unser aller Gedanken in diesen und den kommenden Tagen und Jahren. Diese Stabilität wird bis in die Gegenwart hinein bewahrt und entscheidend und maßgebend gewährleistet und verbürgt durch die Persönlichkeit eines Mannes, dem die Geschichte bereits jetzt den Rang eines Staatsmannes einräumt und das in künftigen Jahren verstärkt tun wird.

In den Zeiten des Überganges, in den Zeiten, die in der Geschichte sehr oft durch Diadochenkämpfe und Streitigkeiten der Beteiligten gekennzeichnet sind, kommt es entscheidend darauf an, institutionelle Einrichtungen zu schaffen, die sich als Faktor der Stabilität und der zunehmenden Stabilisierung erweisen. Für mich ist ein Wahlrecht ein solcher entscheidender Faktor der Stabilisierung und Stabilität, wenn dieses Wahlrecht dazu führt und dazu führen kann, die Kräfte zusammenzuführen, die Kräfte zu integrieren, die Kräfte zusammenzufassen, die ohne einen solchen Zwang auseinanderfließen können.

Deshalb bitte ich, meine lieben Parteifreunde, frei von Voreingenommenheit, frei

auch von persönlichen Gesichtspunkten in den Mittelpunkt aller Überlegungen die Frage zu stellen, ob die Einführung eines solchen Wahlrechtes es rechtfertigt, Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über eine Koalitionsregierung mit der SPD zu führen. Niemand wird Ihnen in diesem Kreise vorschlagen, dazu ein vorbehaltloses Ja zu sagen. Jeder wird Ihnen den Rat geben, die damit zusammenhängenden personellen und sachlichen Fragen sehr ernsthaft und sehr kritisch zu prüfen, nicht nur im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik, sondern ganz entscheidend auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in den Bereichen, in denen es darum geht, die Stabilität unserer wirtschaftlichen und unserer Währungsverhältnisse zu gewährleisten.

Jeder wird der Meinung sein, daß wir auch die Frage der Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechtes sehr sorgfältig und kritisch prüfen müssen. Dabei kann es nicht um die Übernahme eines Schemas gehen, sondern es muß ein relatives Mehrheitswahlrecht sein, das irgendeinen Zwang zum Zweiparteiensystem, zur Zusammenführung der Kräfte, die bei uns stehen, gewährleistet. Es muß gleichzeitig ein relatives Mehrheitswahlrecht sein, das uns – um ein Stichwort aufzugreifen – durch die Einführung einer Ergänzungsliste die Möglichkeit gibt, über die Stände und Gruppen, auch über die Landsmannschaften und die Konfessionen hinaus in allen sozialen Ständen, in allen Konfessionen, in allen Bereichen – einschließlich der Vertriebenen – die tragenden Kräfte der Christlich-Demokratischen Union zur Geltung zu bringen. Das sind Fragen, die von Wissenschaftlern zu diskutieren sind. Ein Gutachten hierzu ist bereits zu der Zeit erstattet worden, als ich noch Innenminister war.[3] Dort hat man diese Dinge bereits überlegt. Diese Fragen sollen Gegenstand ernsthafter Diskussionen sein.

Meine einleitenden Worte können nur das Ziel verfolgen, zu einer sehr ernsthaften und sachlichen Diskussion aufzufordern, gleichzeitig zu einer Versachlichung dieser Diskussion, die dem Ernst und der Bedeutung der Stunde, aber auch der Verantwortung für die Zukunft, der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union entspricht. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich wage gar nicht anzufangen mit der Frage der Vertraulichkeit unserer Besprechung heute. Aber Sie werden aus den Worten des Kollegen Dufhues gehört haben, daß es sich um Fragen von ungewöhnlicher Bedeutung für unsere Partei und für unser Land handelt. Daher glaube ich, daß jeder von uns in seiner eigenen Brust davon überzeugt sein muß, daß er in dem, was er weitergibt, die Interessen des Landes und der Partei wahrt. Damit will ich nicht gesagt haben, meine verehrten Damen und Herren, daß nun jeder nach freiem Ermessen nach draußen sprechen soll, sondern wenn der Versucher herantritt, wenn er fragt: dann bitte daran denken.

Die Tage des letzten Monats waren so verwirrend, daß ich glaube, mit einem Kalendarium beginnen zu sollen. Am 27. Oktober wurde der Besitzer des „Spiegel“,

3 Materialien in ACDP VII-003-080/1.

Augstein, wegen Landesverrats verhaftet. Es wurden gleichzeitig einige andere Angestellte des Verlages verhaftet. Es spielte dabei die Verhaftung in Spanien herein; aber von dieser Verhaftung möchte ich nicht sprechen. Auch von den Begleitumständen will ich nicht sprechen; denn das spielt bei alledem keine entscheidende Rolle.

Am 7. November war die erste Fragestunde im Bundestag. Am 19. November war die Tagung der FDP in Nürnberg[4], bei der der Bruch der Koalition beschlossen wurde, auch wenn man das Wort „Bruch" vermied. Die gleichzeitige Zurückziehung sämtlicher FDP-Minister bedeutet einen Bruch der Koalition. Gestern vor acht Tagen fand die Wahl in Bayern statt.[5] Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Beschluß der Versammlung der FDP – der Fraktion und des Parteivorstandes – am 19. November in Nürnberg in unmittelbarem Zusammenhang mit der Landtagswahl in Bayern gesehen werden muß.

Wir hatten dann am 27. November eine Sitzung der Bundestagsfraktion.[6] Es wurde dort einstimmig beschlossen, mich mit der Führung von Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung zu beauftragen, und zwar ohne Bindung nach der einen oder der anderen Seite hin. Mit anderen Worten: Ich erhielt von der Fraktion den Auftrag, sowohl mit der FDP wie mit der SPD zu verhandeln.

Am 29. November habe ich den Versuch gemacht, mit der FDP zu verhandeln. Die Anregung für die Form kam nicht von mir, aber ich fand sie sehr gut: Wir hatten gedacht, daß die Verhandlungskommission der FDP und die Verhandlungskommission, die man mir seitens der CDU/CSU beigegeben hat, zuerst zusammen zu Abend essen – in Gestalt eines Arbeitsessens – und daß wir dann darüber in Verhandlungen hineinkämen. Die FDP teilte dann mit, daß sie sich mit Herrn Strauß nicht an einen Tisch setzen würde. Es ergab sich das sonderbare Schauspiel, daß wir von der CDU und CSU in dem einen Raum am weißen Tisch saßen und daß die Verhandlungskommission der FDP an einem nicht weißen Tisch im Nebenraum saß. Wir von der CDU/CSU haben beschlossen, trotz dieses Affronts, der darin lag, die Verhandlungen mit der FDP-Kommission aufzunehmen.

Dann ist folgendes zu vermerken: Heute vor einer Woche, am 26. November, hat Herr Kollege Lücke ein Gespräch mit Herrn Wehner gehabt über die Möglichkeiten einer Bildung einer Koalition zwischen uns und der SPD.[7] Er hat diese Verhandlung mit Herrn Wehner ohne mein Wissen gehabt. Er hat mir aber darüber an einem der

---

4 Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP am 19. November 1962 in Nürnberg. Druck in: FDP-Bundesvorstand S. 372–382.

5 Am 25. November 1962: CSU 47,9 % (108 Sitze), SPD 35,0 % (79), FDP 6,0 % (9), GDP 5,1 % (-), BP 4,6 % (8). Alfons Goppel (CSU) wurde Ministerpräsident. Vgl. FISCHER 1 S. 229–231.

6 Protokoll in ACDP VIII-001-1009/2; Rainer BARZEL: Geschichten aus der Politik. Persönliches aus meinem Archiv. Frankfurt/M. 1987 S. 63 f.

7 Vgl. auch zum Folgenden Klaus GOTTO: Der Versuch einer Großen Koalition 1962 in: BLUMENWITZ 2 S. 316–338, hier S. 320; SOELL S. 735–765; KLOTZBACH S. 523; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 794–807.

folgenden Tage berichtet. Er selber, der sich alles so gut notiert, mag nachher in seinem Bericht sagen, wann er mir darüber berichtet hat. – Ich habe es jetzt hier: Am 27. November hat Herr Lücke mir von seinem Gespräch berichtet.

Am gleichen Tage hörte ich dann, daß Freiherr zu Guttenberg[8], der, wie Sie wissen, der CSU angehört, mit Herrn Wehner aus gemeinsamer Arbeit in einem Bundestagsausschuß Beziehungen hätte und daß er auch ein solches Gespräch aufgenommen habe. Über diese Gespräche – der Herren Lücke und zu Guttenberg mit Herrn Wehner – habe ich anderen Herren – abgesehen von Herrn Krone – erst Mitteilung gemacht, nachdem am Freitag der vergangenen Woche in Berlin eine Vorstandssitzung der SPD getagt hatte, die sich mit der Frage der Möglichkeit einer Koalition zwischen der SPD und der CDU/CSU beschäftigt hat.[9]

Heute handelt es sich um folgende Frage: Ob Sie aufgrund der Gespräche Lücke und zu Guttenberg mit den Sozialdemokraten und unter Würdigung der ganzen Situation – sowohl unserer Partei wie der Situation in Deutschland wie überhaupt der außenpolitischen Situation – der Auffassung sind, daß ich etwa am Mittwoch [5.12.] Verhandlungen mit der SPD aufnehme.

Wir hatten mit der FDP bei dem ersten Zusammenkommen abgesprochen, daß heute vormittag die zweite Verhandlung mit ihr stattfinden sollte. Aufgrund dessen, was uns über die Vorstandssitzung der SPD am letzten Freitag berichtet worden ist, habe ich – und die Verhandlungskommission hat dem am Samstag zugestimmt – der FDP mitgeteilt, daß wir uns in unseren Parteigremien über die ganze Situation noch aussprechen müßten und daß deswegen die Verhandlung mit der FDP auf morgen verschoben werden müsse; ich habe vorgeschlagen auf morgen nachmittag.[10]

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der ganzen Angelegenheit, meine Damen und Herren, sind dann Sie, der Parteivorstand, und das Präsidium der CDU und diejenigen Ministerpräsidenten eingeladen worden, die dem Parteivorstand nicht angehören. Ich freue mich, daß Sie trotz der Kürze der Einladungsfrist so zahlreich hier versammelt sind.

Nun, meine Freunde, man hat von dem, was jetzt bei uns vorgeht, als von einer Regierungskrise, als von einer Staatskrise gesprochen. Ich bin der Auffassung, es handelt sich um eine Vertrauenskrise. Es handelt sich nicht um eine normale

---

8 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), 1957–1972 MdB (CSU), 1961–1972 Mitglied des CSU-Landesvorstandes. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 705 Anm. 13; Rudolf MORSEY in ZEITGESCHICHTE 8 S. 123–137; Ulrich WIRZ: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4, hg. von Wolfgang Protzner). Grub am Forst 1997.

9 Vgl. Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 30. November 1962 in Berlin (AdsD, Parteivorstand. Parteirat vom 5. September 1962 bis 28. Juni 1963), in der Ollenhauer und Wehner über die Gespräche seit dem 26. November 1962 berichteten, ohne Verhandlungspartner zu nennen (SPD-Fraktion S. 178 f. Anm. 4).

10 Koalitionsverhandlungen mit der FDP am Dienstag, den 4. Dezember 1962, von 17 bis 21 Uhr. Vgl. FDP-Bundesvorstand S. 384–386; MENDE: Wende S. 67 (hier falsches Datum, jedoch richtiger Wochentag angegeben).

Regierungskrise. Aber ich würde bitten, auch nicht den Ausdruck zu gebrauchen, es handele sich um eine Staatskrise. Das würde der ganzen Sache in der Außenwelt doch einen Nimbus verleihen, den sie nicht verdient und den wir ihr auch nicht geben wollen.

Lassen Sie mich hier ein Wort einschieben zu der – so kann ich sie wohl nennen – Angelegenheit des Herrn Kollegen Strauß. Wir haben zu der heutigen Sitzung auch die Herren von der CSU zugeladen. Es sind erschienen: Herr Minister Strauß, Herr Dollinger und Herr Wacher[11]. (*Zuruf:* Freiherr zu Guttenberg!) Herr zu Guttenberg kommt mehr als Berichterstatter und nicht als Vertreter der CSU hierher. Ich weiß es aber nicht.

Zu der Angelegenheit Strauß möchte ich Ihnen folgendes sagen. Es schwebt noch eine Meinungsverschiedenheit oder eine Auseinandersetzung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium – speziell dem Herrn Strauß – über die Maßnahmen, die mit der Verhaftung des Herrn Ahlers in Spanien zusammenhängen. Mit dieser Frage wollen wir uns hier nicht befassen. Sie ist eine Frage, die zwischen den Ressorts ausgetragen werden muß, die aber nicht von dieser eminent politischen Bedeutung ist, wie das von der Sozialdemokratie und auch von der FDP hingestellt worden ist.

Die Vertrauenskrise! Ausgegangen ist das Ganze von dem Verfahren gegen den „Spiegel". Dazu möchte ich Ihnen folgendes sagen. Die Politik des „Spiegel", die schon seit geraumer Zeit zutage getreten ist, ist die folgende: Am Ende soll eine Neutralisierung Deutschlands stehen. Der „Spiegel" richtet sich gegen die nukleare Bewaffnung – gegen Europas und damit Deutschlands. Kurz und gut: Der „Spiegel" richtet sich in laufender Folge von Artikeln gegen unsere Außenpolitik, soweit sie das militärische Gebiet betrifft. Die Angriffe gegen Strauß im „Spiegel" haben mit dem Augenblick eingesetzt, als Herr Strauß die Frage einer nuklearen europäischen Macht energisch in die Hand nahm[12]; übrigens in Übereinstimmung mit dem General Norstad[13], wenn ich Ihnen das auch sagen darf.

Es kann für mich aufgrund der bisherigen Ergebnisse der Untersuchung kein Zweifel bestehen, daß ein Fall von schwerstem Landesverrat vorliegt. Das Verfahren ist eingeleitet worden gegen Augstein und Genossen von der Bundesanwaltschaft, nicht auf Anzeige des Verteidigungsministeriums; es ist wenige Stunden nach Erscheinen dieses Fallex-Artikels eingeleitet worden. Das Verteidigungsministerium ist darauf

---

11 Gerhard Wacher (1916–1990), Dipl.-Ing., Landwirtschaftsrat; 1953–1963 MdB (CSU, zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer), 1963–1966 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 960 Anm. 85.

12 Die Kampagne begann mit dem Artikel „Der Endkampf" in „Der Spiegel" Nr. 15 vom 5. April 1961 S. 14–30. Vgl. GROSSER/SEIFFERT S. 48 f.; Detlef BISCHOFF: Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der Großen Koalition. Meisenheim a.Gl. 1973.

13 Lauris Norstad (1907–1988), amerikanischer General; 1956–1962 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.

von der Bundesanwaltschaft zur Erstattung eines Gutachtens aufgefordert worden, ob dieser Artikel ein Verrat von militärischen Geheimnissen darstelle. Der Verrat von militärischen Geheimnissen, der vorliegt, der nachgewiesen ist, ist so schwerwiegend, daß nach meiner Meinung diejenigen, die sich des Landesverrats schuldig gemacht haben, wenn das Gericht sie überführt hat, als überführt erklärt hat, schwerste Strafen zu gegenwärtigen haben.

Meine Herren, lassen Sie mich auch folgendes sagen: Ich habe – namentlich in der deutschen Öffentlichkeit, namentlich was die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen angeht – geradezu mit Entsetzen bemerkt, wie leichtfertig man dort das Vorhandensein eines Landesverrats nimmt. Die Behandlung der ganzen Angelegenheit in dieser von mir skizzierten Öffentlichkeit war für mich ein Beweis dafür, wie wenig doch unser Staat gefestigt war. Die Konstatierung des Vorhandenseins von Landesverrat versucht man in dieser Weise, wie das geschehen ist, zu bagatellisieren.

Dasselbe war bei der Verhandlung im Bundestag der Fall.[14] Im Bundestag hat unter dem Beifall der Sozialdemokratie der wirkliche Führer der FDP, Herr Döring[15], sich als ein guter alter Freund des wegen Landesverrats verhafteten Augstein erklärt[16], und kein Mensch im Bundestag hat – das war für mich eine erschütternde Wahrnehmung – daran Anstoß genommen. Wenn ein Freund von einem aufgrund eines Haftbefehls des obersten Gerichtes, das wir haben, wegen einer anderen Sache verhaftet wird oder wenn er sonst verhaftet wird, kann ich ein Wort des Bedauerns aussprechen. Aber wenn das oberste Bundesgericht Haftbefehl erläßt – und alle Haftbefehle in dieser Sache sind vom obersten Bundesgericht erlassen worden, das später auch die Beschwerden, die dagegen eingereicht worden sind, als unbegründet abgewiesen hat –, dann kann man nicht in dieser Weise im Bundestag auftreten, wie das geschehen ist. Ich bedauere auch, daß die Sozialdemokratie in derartiger Weise akklamiert hat.

Meine Damen und Herren, das ganze Verfahren bezweckt in zweiter Linie, die Informanten herauszufinden, die den „Spiegel" unterrichtet haben. Ich habe gesagt: in zweiter Linie; ich würde vielleicht besser noch sagen: in erster Linie. Denn die Nachrichten, die Augsteins Magazin gebracht hat, können nur von Mitgliedern des Verteidigungsministeriums stammen. Es ist ein schrecklicher Gedanke, sich vorstellen zu müssen, daß es in der gefährdeten Lage, in der wir uns in der Welt befinden und in der sich insbesondere unser Land befindet, im Verteidigungsministerium Verräter gibt, die die wichtigsten Geheimnisse einem Blatt zum Zwecke der Veröffentlichung mitteilen.

Ebenso erschütternd ist für mich, daß der Oberst Wicht, der im Dienste des Bundesnachrichtenamtes steht, Augstein unterrichtet hat, daß die Bundesanwaltschaft gegen ihn vorgehe und daß es dadurch Augstein und den anderen Komparenten möglich gewesen ist, Beweismaterial verschwinden zu lassen. Daß das letztere geschehen

14 Am 7. November 1962. Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1995 f.
15 Wolfgang Döring (1919–1963), 1957–1963 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 788 Anm. 18.
16 Am 7. November 1962 – Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1995 f.

ist, ist durch die bisherigen Feststellungen der Bundesanwaltschaft völlig klargestellt worden. Man hat – Gott sei Dank, daß es bei solchen Firmen auch Bürokraten gibt – eine Notiz des Verlagsleiters Becker vorgefunden über den Besuch und die Benachrichtigung durch den Oberst Wicht. Daraufhin hat die Bundesanwaltschaft dann weitere Feststellungen treffen können.

Wer aus der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes heraus dem Oberst Wicht den Auftrag oder die Weisung – oder wie Sie es immer nennen wollen – gegeben hat, das steht noch nicht fest. Aber daß aus der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes heraus dem Oberst Wicht der Wink gegeben worden ist, das ist über alle Zweifel erhaben, so daß wir mit der erschreckenden Tatsache rechnen müssen: Wir haben sowohl im Verteidigungsministerium wie im Bundesnachrichtendienst, der dem Bundeskanzler untersteht, Verräter.

Deswegen glaube ich, daß es durchaus berechtigt ist, wenn ich davon gesprochen habe, daß es sich bei der ganzen Sache um eine Vertrauenskrise handele. Denn wie können wir unsere Politik führen, wie können wir davon überzeugt sein, daß unsere Bündnispartner uns trauen, uns glauben, uns die nötigen Mitteilungen machen, wenn sie auf der anderen Seite sehen, wie die Dinge verraten werden? Der eine oder andere von Ihnen wird jetzt sicher sagen: In England war ja auch ein solcher Fall von Verrat militärischer Geheimnisse.[17] Das ist richtig. Aber das kann uns keinen Trost geben. Es ist auch richtig, daß vor Jahr und Tag ebenfalls in England der dorthin emigrierte Fuchs[18] Landesverrat verübt hat. Es ist auch richtig, daß in den Vereinigten Staaten ein solcher Landesverrat verübt worden ist.[19] Aber trösten wir uns nicht damit, daß wir sagen: Das ist da auch geschehen. Wir müssen für uns sorgen, und uns, meine Damen und Herren, traut man im Ausland am wenigsten wegen unserer Vergangenheit. Das wird Ihnen auch Herr Strauß bestätigen können. Wir sind immer von draußen aufmerksam gemacht worden, wie durchlässig bei uns die Wände seien. – Nun, dieser Landesverrat, meine Parteifreunde, das ist der Hintergrund der ganzen Krise.

Aber, meine Damen und Herren, der Hintergrund wird noch klarer, wenn man sich das Interview vor Augen hält, das Herr Döring dem „Corriere della sera" in

17 In England war am 22. Oktober 1962 John Christopher Vassall wegen Spionage für die Sowjetunion zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden für Fotokopieren und Verkauf geheimer Akten der Admiralität an die UdSSR von 1955 bis 1962 (AdG 1962 S. 10245).

18 Dr. Klaus Fuchs (1911–1988), Kernphysiker; 1932 Mitglied der KPD, 1946–1950 Chef der Abteilung für theoretische Physik am britischen Atomzentrum in Harwell, 1950–1959 Verhaftung und Inhaftierung wegen Spionage für die Sowjetunion, 1959–1974 stv. Direktor im Zentralinstitut für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden, 1974–1979 Leiter des Forschungsbereichs Physik, Kern- und Werkstoffwissenschaften der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, seit 1967 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

19 Am 10. Februar 1962 wurde Rudolf Iwanowitsch Abel, der 1957 in den USA wegen Spionage für die Sowjetunion zu 30 Jahren Haft verurteilt worden war, gegen den amerikanischen Piloten Gary Powers ausgetauscht (AdG 1962 S. 9673).

der Nacht gegeben hat[20], ehe in Nürnberg die Parteiausschußsitzung der FDP den bekannten Beschluß gefaßt hat. Ein kleiner Auszug aus diesem Interview hat in der „Welt" gestanden. Darüber war eine Überschrift, die mit dem Ausspruch selbst nicht in Einklang stand, die aber doch besorgniserregend war. Ich habe sofort Herrn Döring gestellt, sobald ich ihn sah. Er hat mir gesagt: Die Überschrift stammt nicht von mir. Ich habe mir dann den ganzen Wortlaut des Interviews verschafft und habe mich bei unseren Leuten nach der Persönlichkeit des Italieners erkundigt, dem das Interview gegeben worden ist. Er wird mir als ein völlig einwandfreier Mann geschildert.

„Was werden Sie tun?, frage ich Döring." – So heißt es in dem Interview. „Wir werden, so antwortet er, die Zustimmung Adenauers zu einer Entlassung von Strauß zu erreichen suchen. Sollten wir mit dieser Bemühung keinen Erfolg haben, so werden wir uns aus der Regierung zurückziehen. In diesem Falle könnte der Kanzler die fünf FDP-Minister durch Christliche Demokraten ersetzen und ein Minderheitskabinett bilden, das jedoch nur bis zum Tag der Abstimmung über den Haushalt bestehen würde, das heißt bei genauer Berechnung nicht über sechs Wochen. – Können Sie eine Regierung" – so lautet die Frage – „von FDP und SPD bilden? – Theoretisch ja, antwortet Döring. Wir hätten jedoch nur eine Mehrheit von acht Stimmen; in solchen Verhältnissen läßt sich schlecht regieren. Die CDU könnte zwar mit den Sozialdemokraten eine Regierung bilden. Aber daran ist nicht zu denken, vor allem, weil die SPD sich nicht darauf einläßt, mit Adenauer und Strauß zusammenzuarbeiten." – Es geht dann weiter: „Wir, so fügt er lächelnd hinzu, stellen noch nicht die Frage nach Adenauer, um die Verwirrung nicht noch zu steigern. Wir gehen Schritt für Schritt vor. Doch glauben wir, daß Adenauer vor Herbst des nächsten Jahres abgelöst werden könnte, da in allen Parteien die Unruhe groß ist." Der Italiener fährt dann so fort: „Für Döring, der Berufsoffizier war und mit 23 Jahren eine Panzereinheit führte, wird der Feind nach und nach mit einem kombinierten Manöver geschlagen. Das erste Ziel heißt Strauß, das zweite Adenauer. Nachfolger Adenauers wird der jetzige Außenminister Gerhard Schröder werden. Döring – es ist das erste Mal, daß ein deutscher Politiker sich so kategorisch ausdrückt – hat diesbezüglich keinen Zweifel, wenn er auch daran denkt, ‚daß wir vielleicht eine Übergangsregierung unter Krone haben werden'. Seiner Meinung nach sind die Chancen Erhards fast ganz dahin. Was ist aber das Ziel der Operation?"

So geht es weiter. Und nun kommt der wichtigste Absatz, den ich jetzt verlesen werde: „In den letzten zwei Jahren ist die Bundesrepublik immer mehr in die Isolierung geraten. Sie muß sich also daraus befreien, indem sie mit Großbritannien die gleichen Bindungen eingeht, die sie mit Frankreich zusammenschließen. Sie muß eine weichere und entspanntere Politik treiben. Sie muß sich klar sein, daß der Präsident der USA Kennedy und nicht mehr Eisenhower ist. Sie darf nicht weiter

20 Döring hatte in einem am 16. November 1962 von der Mailänder Zeitung „Corriere della sera" veröffentlichten Interview Adenauer in Frage gestellt. Vgl. GROSSER/SEIFERT S. 203, 266; „Die Welt" vom 17. November 1962 „Döring: Zweites Ziel ist Adenauer".

dem Traum der kontinentalen Abschreckungsmacht nachhängen." Das, meine Herren, ist der entscheidendste Satz des ganzen Interviews. Ich wiederhole ihn: Sie darf nicht mehr weiter dem Traum der kontinentalen Abschreckungsmacht nachhängen. „Wir" – so sagt Döring weiter – „haben die Gefahr der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit, wie sie von Adenauer konzipiert wird, erkannt. Damit wollen wir nicht sagen, daß das Ziel unserer Politik eine Lockerung der Beziehungen mit Frankreich sei. Wir wünschen nur, daß die deutsch-französische Freundschaft nicht, wie es bisher geschehen ist, die englisch-deutsche Freundschaft beeinträchtigt."

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß hinter dem ganzen Vorgehen der FDP eine sehr klar überlegte Konzeption steckt. Wer Herr Döring ist, das wissen namentlich die Herren aus Düsseldorf. Er gehört zu den „Jungtürken", die damals Arnold gestürzt haben.[21] Er ist unzweifelhaft der Führer der jetzigen FDP. Der Mende ist schwach, meine Herren, und wird der Sache, der Fraktion, nicht recht Herr.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die FDP früher und die FDP jetzt. FDP früher: Blücher[22], Preusker[23], Reinhold Maier[24], Höpker Aschoff[25], Wildermuth[26], Heuss[27], Schäfer[28] aus Hamburg und der spätere Justizminister Neumayer[29]. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das waren Leute, die uns im Grunde genommen

---

21 Am 20. Februar 1956 war Karl Arnold durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt und Fritz Steinhoff (SPD) mit den Stimmen von SPD und FDP zum Ministerpräsidenten von NW gewählt worden. Zur Gruppe der „Jungtürken", bei denen die Initiative für den Regierungswechsel lag, gehörten Wolfgang Döring, Walter Scheel und Willi Weyer. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 782 Anm. 2.

22 Franz Blücher (1896–1959), 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann FVP bzw. DP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 57 Anm. 11; Friedrich HENNING: Das Porträt. Franz Blücher. In GiW 2 (1996) S. 216–223.

23 Dr. Victor-Emanuel Preusker (1913–1991), 1949–1961 MdB (bis 1956 FDP, Februar 1956 fraktionslos, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, Juli 1960 fraktionslos, ab September 1960 CDU/CSU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 218 Anm. 63.

24 Reinhold Maier (1889–1971), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 21 und EBD. 3 S. 5 Anm. 22.

25 Dr. Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), 1949–1951 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 56 Anm. 8; Thomas ADERS: Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biograhische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte 9). Frankfurt/M. 1994.

26 Eberhard Wildermuth (1890–1952), 1949–1952 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 33 Anm. 60.

27 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 82 Anm. 9 und EBD. 2 S. 230 Anm. 130; Konrad Adenauer, Theodor Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Bearb. von Hans Peter Mensing (Rhöndorfer Ausgabe, hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz). Berlin 1997.

28 Dr. Hermann Schäfer (1892–1966), 1949–1957 MdB (bis Februar 1956 FDP, März bis Juni DA, dann FVP, ab März 1957 DP/FVP), nach 1961 wieder FDP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 133 Anm. 7.

29 Fritz Neumayer (1884–1973), Rechtsanwalt; 1949–1957 MdB (bis 1956 FDP, 1956 DA, dann FVP, ab 1957 DP/FVP), 1952–1953 Bundesminister für Wohnungsbau und 1953–1956 der Justiz.

nahestanden und mit denen man koalieren konnte. Aber, meine Herren, mit Leuten wie Döring und Konsorten zu koalieren, scheint mir nicht möglich zu sein. *(Beifall.)* Ich habe unlängst, als Reinhold Maier hier war, ihn zu mir gebeten.[30] Er hat mir gesagt: Auf die Fraktion habe ich überhaupt keinen Einfluß. Sie ist mir völlig unverständlich. Er hat sich also mir gegenüber ganz scharf abgesetzt von dieser Fraktion unter Leitung von Herrn Döring.

Nun, meine Damen und Herren, betrachten Sie bitte die Situation und hören Sie zunächst einmal jetzt die Berichte von Herrn Lücke und von Herrn zu Guttenberg über ihre Gespräche mit sozialdemokratischen Herren. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich noch mit keinem Sozialdemokraten ein Wort über die ganze Sache gesprochen habe. Die Frage ist in der Tat von entscheidender Bedeutung für unsere Partei mit Rücksicht auf die Wahl des Jahres 1965. Aber lassen Sie mich bitte Sie davor warnen zu glauben, daß auch ohne das Mehrheitswahlrecht die Situation im Jahre 1965 so ähnlich sein wird, wie sie im Jahre 1957 und etwas noch im Jahre 1961 war. Dies wird sie nicht mehr sein. Ich darf Sie an folgendes erinnern. Als Präsident Gerstenmaier auf dem Parteitag in Dortmund von der Werbekraft des kleinen „C" sprach[31], bin ich dagegen aufgetreten, weil ich es für furchtbar gefährlich hielt, dort über diese Frage zu diskutieren. Ich habe Herrn Gerstenmaier nicht unrecht geben können hinsichtlich der Ausführungen, die er da gemacht hat. Denn in der Tat ist die Laisierung des deutschen Volkes – auch die Wähler, auch unsere Wähler gehören zum deutschen Volk – radikal fortgeschritten. Ich fürchte, daß wir im Jahre 1965 mit der Betonung unseres christlichen Fundamentes auf unsere Wähler nicht den großen Eindruck machen werden, den wir bisher gemacht haben.

Dann befürchte ich auch noch folgendes: Was sollen wir machen, nachdem die Sozialdemokratie unserer Westpolitik, der NATO und auch der Wehrhoheit des deutschen Volkes zugestimmt hat? Kurz und gut: Nachdem die Sozialdemokratie in all den Lebensfragen des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch, nach 1949, wegen denen wir mit ihr gerungen haben, sich uns angeschlossen hat, hat sie uns die Waffen aus der Hand genommen.

Man wird sagen können und wahrscheinlich nicht ohne Grund sagen können: Das ist denen nicht ernst. Ich bin auch der Auffassung, daß es sicherlich nicht allen ernst ist. Ich bin sogar, als mir Herr Lücke und auch Herr zu Guttenberg zuerst über ihre Gespräche berichtet haben, von solchem Mißtrauen erfüllt gewesen, daß ich den Herren gegenüber gar kein Hehl daraus gemacht habe. Ich habe schließlich dem Herrn Lücke gesagt: Also gut, dann will ich glauben, daß Herr Wehner ein ehrlicher überzeugter Mann jetzt ist; aber mich würde vielmehr interessieren, warum und weshalb Erler und Ollenhauer dem Gedanken zustimmen. Sie, meine Damen und Herren, werden das gleich hören. Und Sie werden bitte die Schwierigkeiten unserer

30 Maier nahm an den FDP-Bundesvorstandssitzungen in Bonn am 2. und 19. November 1962 teil (vgl. FDP-Bundesvorstand S. 355–382).

31 CDU, 11. Bundesparteitag S. 195 f.

ganzen Situation überlegen: Wenn wir mit der FDP weiter koalieren würden, würden wir in absehbarer Zeit eine neue Krise bekommen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Sie will nur die Krisen herbeiführen, weil sie weiß, daß diese Krisen unser Ansehen im deutschen Volk schädigen und sie den Nutzen davon hat. Wir dürfen uns also nicht etwa einbilden, daß wir in der Koalition mit der FDP bis zum Jahre 1965 eine fruchtbare und erfolgreiche Politik machen können. Das halte ich für ausgeschlossen.

Hinzu kommt das außenpolitische Interesse der FDP, über das ich Ihnen soeben das Interview vorgelesen habe, das Herr Döring gegeben hat. Übrigens, meine Herren, bei dieser Zusammenkunft, die ich mit Döring hatte, habe ich ihm gesagt: Wie Sie so dumm sein können, solche Interviews zu machen, wie Sie es getan haben, das ist mir ein wahres Rätsel. Die Lösung liegt wahrscheinlich in der Stunde, zu der er das Interview gegeben hat: Er hat es in der Nacht gegeben.

Jetzt möchte ich bitten, daß Sie den Vortrag von Herrn Lücke und von Herrn zu Guttenberg entgegennehmen, damit Sie ein abgerundetes Bild haben.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freunde! Ich habe im bayerischen Wahlkampf zusammen – an dem Tage, an dem die FDP in Nürnberg tagte – mit meinem Freunde zu Guttenberg in Nürnberg, Bamberg, Forchheim und Kulmbach gesprochen. Wir haben auch in der Vergangenheit öfters zusammen gesprochen. Dabei kam zur Sprache, daß es doch die Möglichkeit geben müsse, eine alte Idee von uns beiden und eine alte Idee der Partei, nämlich das Mehrheitswahlrecht, zu verwirklichen. Ich habe Herrn zu Guttenberg gesagt, den ich aus meiner Tätigkeit im Wohnungsbauausschuß kenne, in dem Herr zu Guttenberg jahrelang tätig war – wir sind besondere Freunde seit der Zeit –, daß ich das für unmöglich hielte. Ich habe nie mit Herrn Wehner näher gesprochen, als daß wir uns im Bundeshaus guten Tag gesagt haben.

Ich bitte Sie, mir jetzt folgendes abzunehmen. Sie alle und unser deutsches Volk bewegt es tief, daß wir in einer Situation sind, wie wir sie seit dem Jahre 1945, als wir vor dem Aufbau standen, nicht mehr kannten. Es herrscht eine tiefgehende Vertrauenskrise, die unser Volk bis nahe an den Rand einer Staatskrise bringen könnte.

Für meine Person habe ich nach Rücksprache mit einer Reihe von Damen und Herren, die hier sitzen, die Entscheidung nach meinem Gewissen getroffen. Das geschah am Buß- und Bettag.[32] Ich wollte einen Versuch unternehmen, zu dem mich niemand aufgerufen hat, den ich mit niemand besprochen habe. Ich habe niemand gefragt, ob ich das tun soll.

Ich habe am Montag abend letzter Woche[33] um 18 Uhr Herrn Wehner aus meinem Ministerium angerufen und ihn gefragt: Können Sie zu mir kommen? Wehner: Ich komme. Er kam und war dann drei Stunden bei mir.

---

32 21. November 1962.
33 26. November 1962.

Ich darf vorweg noch, damit das Gespräch ganz einwandfrei läuft, Ihnen, meine Freunde, erklären, daß für mich und meine Person und die von Herrn Guttenberg weder Amt noch Würden zur Diskussion stehen. Ich bin noch zu keinem Augenblick vom Bundeskanzler gefragt worden, ob ich Verteidigungsminister werden würde. Ich würde ein solches Amt nicht annehmen. Das habe ich in den vorangegangenen Gesprächen dem Herrn Bundeskanzler immer betont.

Erfreulicherweise sind diese Dinge bis heute geheim geblieben, zumindest soweit es sich um die große Öffentlichkeit handelt. Das ist für mich der Beweis dafür, daß man mit einem Mann wie Wehner sprechen kann und daß eine Menge Dinge geschehen können, ohne daß die Öffentlichkeit damit in verantwortungsloser Weise befaßt wird.

Zum Gespräch! Es gipfelte in dem Satz und in der Frage an Herrn Wehner: Ist eine Koalition unter der Kanzlerschaft Adenauers mit dem Ziel möglich, durch Verabschiedung des Mehrheitswahlrechtes unsere junge Demokratie zu stabilisieren? Einen solchen Gesetzentwurf hatte schon 1953 die damals noch junge Mannschaft eingebracht: er war unterschrieben von Stücklen[34], Jaeger[35], Lücke, Strauß und Genossen. Das dreistündige Gespräch ergab, daß Herr Wehner mir sagte: Das wird nicht leicht sein; aber es ist möglich, möglich, weil die Sozialdemokraten die gleichen Sorgen um den Staat haben. Der Streitfall, der „Spiegel"-Skandal, die laufenden Entgleisungen in der Öffentlichkeit haben klargemacht, daß es um den Staat geht, um die Demokratie. Mir persönlich, meine Damen und Herren, geht es darum, daß dieses Gespräch auch von uns aus mit der gebotenen Vertraulichkeit behandelt wird. Wehner hat mir gesagt, er kenne den Kommunismus, er wisse, was dieser sei. Er wisse auch, daß wir ihm vielleicht nicht glauben. Er hat daran erinnert, daß ich, Lücke, einmal in einer Rede gesagt habe: Wehner sei Kommunist, er sei im Kreml großgeworden und könne seinem geistigen Vater nicht entrinnen, auch wenn er das wolle; er müsse schließlich doch im Kreml landen. Ich hätte aber hinzugefügt, er sei ein anständiger Kerl; darum spreche er mit mir jetzt auch auf einer fairen Vertrauensbasis.

Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, was Wehner mir sagte, als ich ihm klarmachte, daß ein solches Gespräch – meine Damen und Herren, das erste Gespräch, das ich mit diesem Mann geführt habe – nicht vertieft werden könne, es sei denn, es gelinge uns, für die Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union Material zu schaffen, aufgrund dessen man Koalitionsverhandlungen führen könne. Er hat dabei auch noch etwas gesagt, wobei ich nicht wußte, um was es ging; aber es kann vielleicht im Laufe des Tages noch aufgeklärt werden. Er sagte mir: Da sei eine Geschichte

34 Richard Stücklen (geb. 1916), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 664 Anm. 14. – Antrag der Abgeordneten Stücklen, Dr. Jaeger, Lücke und Genossen zum Entwurf eines Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1955 (Drs. IV/1494).

35 Dr. Richard Jaeger (1913–1998), 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1965 Vorsitzender des BT-Ausschusses für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 847 Anm. 28.

mit Herrn Döring, die sollte durch den Bundeskanzler – Herr Dr. Krone wisse auch Bescheid – bereinigt werden. Herr Döring habe der SPD von einer Sache berichtet, die er von Herrn Starke wisse, die gewichtige Äußerungen aus dem Verteidigungsrat berühren würde. Es fiel das Stichwort: Präventivkrieg; Herr Starke würde den nicht finanzieren.[36] *(Zurufe.)* – Das war meine Erinnerung. An dieser Frage hänge noch ein weiterer Komplex.

Aufgrund meiner Überlegungen und der aus den Gesprächen Guttenberg–Wehner mir bekannten Auffassung Wehners, daß dieser das Mehrheitswahlrecht vertritt – letzte Gespräche zwischen den Herren Wehner und Guttenberg haben allerdings vor Monaten stattgefunden[37] –, habe ich nach der Wahl eben dieses Gespräch geführt. Es hat drei Stunden gedauert. Herr Wehner stimmte in der Beurteilung der politischen Lage meiner Auffassung über die Notwendigkeit der Stabilisierung der Demokratie zu. Akzeptiert wurden von ihm in diesem Gespräch ferner eine zeitlich nicht festgelegte Kanzlerschaft Adenauers, die Einführung des absoluten Mehrheitswahlrechtes, die Beseitigung kulturpolitischer Streitfragen aus der Alltagspolitik. (*Zuruf:* Des absoluten Mehrheitswahlrechtes?) Das Mehrheitswahlrecht – damit kein Mißverständnis entsteht –, wie wir es damals in der eingebrachten Vorlage vorgesehen haben. (*Zuruf:* Das relative Mehrheitswahlrecht!) Darf ich es klarmachen, damit kein Mißverständnis entsteht: Gewählt ist, wer in dem Wahlkreis die meisten Stimmen hat. (*Zuruf:* Das nennt man das relative Mehrheitswahlrecht!)

Adenauer: Lassen Sie mal Herrn Lücke fortfahren. Über das Wahlrecht sprechen wir noch besonders.

Lücke: Ich darf also noch einmal wiederholen: Gewählt ist, wer in dem Wahlkreis die meisten Stimmen hat.

Die Äußerung, daß er einem unbefristeten Kanzler zustimme, beantwortete Wehner lakonisch mit der Bemerkung: Das ist Ihre Sache, den befristeten Kanzler zu wählen. – Für mich war das Überzeugendste die Vertrauenswürdigkeit und die menschliche Aufrichtigkeit. Er erklärte sich bereit, für die Durchsetzung zu kämpfen.

Ich habe dann von diesem Gespräch am Abend um 23 Uhr Herrn Dr. Krone – er war der einzige, den ich erreichen konnte – kurz informiert. Am Dienstag, dem 27. November 1962, 9.40 Uhr, habe ich auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers ihn nochmals über dieses Gespräch mit Wehner unterrichtet und ihm dargelegt, daß es für die Bundesrepublik und für die CDU/CSU lebenswichtig sei, diese Möglichkeit ernsthaft zu prüfen. Auf diese Weise könne nicht nur die demokratische freiheitliche rechtsstaatliche Ordnung gesichert werden, sondern wir könnten so auch unser deutsches Haus bestellen. An diesem Gespräch nahmen aus anderen Gründen

36 Nicht zu ermitteln.

37 Rudolf Morsey: Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962. In: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag (hg. von Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde). München 1994 S. 462–478.

nachher auch Herr Dr. Krone und Herr von Brentano teil, die ich persönlich beide über meine Haltung ins Bild setzte. Ich habe noch einmal betont, das sei meine Gewissensentscheidung, und die Konsequenzen würde ich voll tragen, ohne den Kanzler und die Partei zu belasten. Ich habe weder eine Zustimmung von den Herren noch die Aufforderung bekommen, die Gespräche weiterzuführen. Am Nachmittag fand dann eine Vorstandssitzung der Fraktion und anschließend eine Fraktionssitzung statt. Hier erhielt der Herr Bundeskanzler den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts mit der ausdrücklichen Möglichkeit, mit allen Seiten zu verhandeln.[38]

Am darauffolgenden Tag, Mittwoch, dem 28. November 1962, fand in der Privatwohnung des Herrn zu Guttenberg ein Mittagessen mit Herrn Wehner statt, bei dem nochmals ausführlich und detailliert über meine Gespräche und die Bedingungen einer Koalition zwischen CDU/CSU und SPD verhandelt wurde. Einen entsprechenden kurzen Vermerk – ohne meine Unterschrift – habe ich der Vorzimmerdame des Bundeskanzlers diktiert, um den Bundeskanzler zu informieren.[39] Bei diesem Gespräch händigte Herr Wehner Herrn Guttenberg handgeschriebene Notizen aus, wobei er Wert darauf legte, daß diese Notizen der Herr Bundeskanzler zu Gesicht bekomme.[40] Von entscheidender Bedeutung war die Tatsache, daß von dem, was in dem Gespräch mit mir am Montag abend gesagt worden war, keinerlei sachliche Abstriche gemacht wurden, sondern im Gegenteil weitere Übereinstimmungen erzielt werden konnten. Es wurden wesentliche Punkte – die Kanzlerschaft Adenauers und die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes – ausdrücklich erneut bestätigt. Das war der Ausgangspunkt und meine Grundforderung. Hinsichtlich der Ressortverteilung erklärte sich Wehner mit einer zahlenmäßigen Verteilung der Kabinettssitze nach d'Hondt einverstanden, und zwar außerhalb des Bundeskanzlers, der in diese Berechnung nicht einbezogen werden sollte. Das ergibt bei einem Verhältnis von 251 zu 203 ein Verhältnis von 11 zu 9 ohne den Bundeskanzler.

Als allgemeine Aktion zur Stabilisierung der Demokratie wurde über folgende Punkte Übereinstimmung erzielt: a) beschleunigte Inangriffnahme einer Finanzreform zwischen Bund, Länder und Gemeinden, b) gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung des Arbeitsfriedens und der Stabilisierung der Preisverhältnisse, c) beschleunigte Verabschiedung der Notstandsgesetze, d) Herausnahme der kulturpolitischen Streitfragen zwischen den beiden Parteien aus der Alltagspolitik, e) Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes in der Frage der Einfügung der deutschen Landwirtschaft in die europäische Agrarpolitik, f) Sicherung des erreichten wirtschaftlichen und sozialen Wohlstandes.

---

38 Sitzungen vom 27. November 1962 des Fraktionsvorstandes (Tagesordnung, Anwesenheitsliste und handschriftl. Bericht von Brentanos in ACDP VIII-001-1503/4) und der Fraktion (Protokoll Ebd. 1009/2).

39 Vgl. Aufzeichnung Lücke vom 29. November 1962 (ACDP I-077-96), Guttenberg an Adenauer (ACDP I-028-030/1); StBKAH III/28.

40 Abdruck: StBKAH III/28.

Hinsichtlich der Außenpolitik erkärte Wehner, daß er in den NATO- und Europafragen mit dem von der CDU/CSU vertretenen Kurs völlig einverstanden sei. Hinsichtlich der Verteidigungspolitik sei er der Auffassung, daß – wörtlich! – ohne Geschrei und nicht spektakulär, aber zielbewußt auf die Errichtung einer europäischen Atomstreitmacht hingearbeitet werden müsse. Für weitere Gespräche hielt sich Wehner bereit.

Um Herrn Wehner die Ernsthaftigkeit der begonnenen Gespräche zu dokumentieren, habe ich dem Herrn Bundeskanzler nach diesem Ergebnis den formulierten Vorschlag gemacht, hier sei der Zeitpunkt nun erreicht, bei dem ernsthaft geprüft werden müsse, ob es weitergehen solle; ich selbst würde sonst nicht mehr mitmachen können.

Ich darf in diesem Zusammenhang nun ein Schreiben erwähnen, das der Herr Bundeskanzler aus praktischen Gründen an den Herrn zu Guttenberg gerichtet hat, weil die Herren Sozialdemokraten und auch Herr zu Guttenberg in den Tagen in Berlin zusammen waren; dort tagte auch das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Dieses Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Herrn zu Guttenberg hat folgenden Inhalt: „Ich habe mit großem Interesse von den Gesprächen Kenntnis genommen, die Sie heute zusammen mit Minister Lücke und Herrn Bundestagsabgeordneten Wehner wegen der Bildung einer Koalition CDU/CSU-SPD geführt haben. Die Voraussetzung für eine derartige Koalition wäre für uns, daß mit Hilfe eines Mehrheitswahlrechtes die demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik stabilisiert würden. Ich darf Sie bitten, mit Herrn Wehner aufgrund der gemachten Vorschläge weitere Einzelheiten zu klären.“ Die Aushändigung des Briefes erfolgte nach einem Gespräch mit Herrn zu Guttenberg durch den Bundeskanzler.[41]

Ich darf erwähnen, daß ein weiteres Gespräch zwischen dem Herrn von Brentano, Herrn zu Guttenberg und mir am Mittwoch – ein kurzes Gespräch – im Fraktionszimmer stattgefunden hat. Dabei kamen die Gesprächsteilnehmer zu der Auffassung, daß die Fortführung der Fühlungnahme – um mehr ging und geht es nicht bis zur Stunde – mit der SPD notwendig sei. Diese Fortführung fand am Donnerstag, dem 29. November 1962, in Berlin um 19.30 Uhr in einer Privatwohnung zwischen Herrn zu Guttenberg und Herrn Wehner statt. Das Gespräch dauerte bis 22 Uhr. Diesem Gespräch lagen zugrunde ein Entwurf über eine gemeinsame Erklärung, die sich aus den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen zusammensetzte, zweitens der Gesetzentwurf für die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes. Der in dieser Unterredung vorgelegte und gemeinsam gebilligte Entwurf hat folgenden Wortlaut:

„Die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gründet auf der gemeinsamen Sorge um die Bundesrepublik und deren Geltung vor dem deutschen Volk und

41 Drucklegung: StBKAH III/28. Druck des Briefes vom 28. November 1962 in Paul LÜCKE: Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht. Frankfurt/M. 1968 S. 37; vgl. KOERFER S. 697.

der Welt. Das vordringlichste Ziel der gemeinsamen Regierung ist die Festigung der zweiten deutschen Demokratie. Nur die beiden großen Parteien werden auf die Dauer in der Lage sein, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die Koalitionsparteien sind entschlossen, das innen- und außenpolitisch Erreichte durch gemeinsame Aktionen für die Zukunft zu sichern. Sie sind einig in dem Streben nach kontinuierlicher Fortentwicklung der inneren und äußeren Sicherheit und der freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik.

Die Koalitionspartner werden Fragen außerhalb des gemeinsamen Aktionsprogramms, in welchen verschiedene Auffassungen bestehen, wie etwa auf dem Gebiet der Kulturpolitik, nach Möglichkeit zurückstellen. Sie sind sich jedoch bewußt, daß der Erfolg ihrer Zusammenarbeit weitgehend danach bemessen sein wird, inwieweit es ihnen gelingen wird, solche Fragen endgültig aus dem tagespolitischen Parteienstreit herauszunehmen.

Zur zukünftigen Sicherung stabiler Regierungsmehrheiten und damit zur endgültigen Verankerung einer lebendigen angesehenen und arbeitsfähigen Demokratie erachten die Koalitionsparteien die Einführung des absoluten" – hier müßte es wohl heißen: des relativen – „Mehrheitswahlrechtes als unausweichlich. Hierzu vereinbaren sie die alsbaldige Einbringung und Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfes. Dieser liegt in seinen wesentlichen Bestimmungen der gegenwärtigen Vereinbarung an und ist ein Teil von ihr. Das neue Wahlrecht gilt erstmals für die nächste Bundestagswahl.

Um den Willen zur praktischen Zusammenarbeit zu bekunden und zu verstärken, werden die Koalitionsparteien für eine ständige parlamentarische Vertretung der Bundesminister sorgen.

Dem Ziel der Stabilisierung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates werden auch die gemeinsamen Bemühungen der Koalitionspartner dienen, den Arbeitsfrieden zu gewährleisten, die Preisverhältnisse zu stabilisieren und die Kaufkraft der Währung zu erhalten. Bei diesen Bemühungen ist die uneingeschränkte Erhaltung der verfassungsmäßig garantierten Koalitionsfreiheit eine Selbstverständlichkeit.

Die Koalitionsparteien geben ihrer Erwartung Ausdruck, daß das Zusammenwirken der beiden großen Parteien die Voraussetzung zur Lösung dieser durchaus schwierigen Probleme verbessert.

Von äußerster Dringlichkeit ist die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Sie müssen den Staat in die Lage versetzen, im Geiste der Demokratie und zu ihrem Schutze – und darum unter Wahrung der Rechte aller verfassungsmäßigen Instanzen – jedem möglichen Notstand Herr zu werden." *(Zurufe und Unruhe.)* „Die bisherige parlamentarische Behandlung des Regierungsentwurfs zeigt dessen grundsätzliche Brauchbarkeit und verspricht eine baldige Verabschiedung der einschlägigen Gesetze.

Die Koalitionsparteien stellen sich als gemeinsame Aufgabe eine grundlegende Reform der Finanzverfassung. Ihr Ziel muß eine sachgemäße und gerechte Neuverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sein.

Der Ausbau der sozialen Sicherheit ist das gemeinsame Bestreben beider Koalitionspartner. Sie werden sich hierbei von den Grundsätzen der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungsträger, der Berücksichtigung der Besonderheit ..." *(Unruhe)* „und der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer leiten lassen.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, daß mit der Einführung der deutschen Landwirtschaft in die europäische Agrarpolitik eine Verbesserung und nicht eine Schmälerung der Lage der deutschen Bauern eintreten muß.

Die Koalitionspartner werden in ihrem gemeinsamen Verlangen nicht nachlassen, die Wiederherstellung von Deutschlands Einheit zu erstreben." *(Fortgesetzte Unruhe.)* – Ich bitte um Entschuldigung, dieses Dokument hat den Gesprächen zugrunde gelegen; darum müssen Sie es kennen. – „Sie erklären als übereinstimmende Auffassung, daß dieses große Ziel nur durch ein unverbrüchliches Bündnis mit dem freien Westen und durch die zügige Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik erreicht werden kann. Gleichzeitig erklären sie erneut ihren gemeinsamen Willen, an einer militärischen Sicherheitsvorsorge der NATO teilzunehmen. Sie lehnen jeden Gedanken zur Hinnahme der Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin entschieden ab."

Herr Wehner hat also bei seiner Unterredung mit Herrn zu Guttenberg die angeführten Schriftstücke übergeben. Sie enthalten das, was auch seiner Unterredung mit mir zugrunde gelegen hat. Er hat davon nichts abgestrichen und nichts hinzugefügt. Hinsichtlich des Passus über das Mehrheitswahlrecht sagte er, er müsse jedoch, weil diese Frage ungeheuer schwierig sei, den Kreis der Verantwortlichen weiter ziehen. Er könne dies nicht auf die eigene Kappe nehmen, werde es aber vertreten.

Eine Presseerklärung von Erler über eine mögliche Neuwahl[42] rückte er mit dem Bemerken in das rechte Licht, die SPD habe keinerlei Interesse an einer „Spiegel"-Wahl.

Hinsichtlich des neuen Kabinetts erklärte Wehner weiter, daß er die Einführung von Staatsministern für wünschenswert halte. Seiner Auffassung nach müßten diese zweifarbig eingesetzt werden, um die beiden Parteien aneinander zu gewöhnen. Dies gehöre zu den Dingen, mit denen ein neues und gutes Verhältnis zwischen CDU/CSU und SPD bekundet und geschaffen werden könne. Ein Hauptpunkt am Montag war, daß Herr Wehner, als die Frage auf die Wirtschaftspolitik zu sprechen kam und Namen genannt wurden, sagte: Von Herrn Kollegen Erhard brauche ich nicht zu sprechen. Wehner erklärte weiter, neben dem bisherigen Vizekanzler sollte ein zweiter Vizekanzler bestellt werden.

Aufgrund dieser Unterredungen sprach dann Herr Wehner mit Herrn Ollenhauer und Herrn Erler. Dabei hat Herr Wehner, genau wie ich, die Sache auf seine Kappe genommen. Vereinbarungsgemäß übermittelte Herr Wehner Guttenberg nachts noch folgendes: Ollenhauer sei mit den gemeinsamen Überlegungen grundsätzlich

42 Vgl. dpa vom 28. November 1962.

einverstanden. Erler habe auch sein grundsätzliches Einverständnis erteilt. Mit der Zustimmung dieser drei Herren sei kaum mehr mit ernsthaften Schwierigkeiten in der SPD zu rechnen, die nicht überwunden werden könnten. Wehner und seine beiden Kollegen würden bei der am Freitag, dem 30. November 1962, stattfindenden Vorstandssitzung der SPD den gefaßten Plan als eine der theoretischen Möglichkeiten vortragen und ein Plazet erbitten. Die Führungsgremien der SPD würden ab Montag in Bonn in Permanenz tagen.

Um die Glaubwürdigkeit dieser Verhandlungen zu dokumentieren, übergab Wehner am Freitag, dem 30. November, 11 Uhr, Guttenberg ein Schreiben, in dem er diesem mitteilt, er habe, nachdem er von dem Schreiben des Bundeskanzlers vom 28. November Kenntnis genommen habe, sich noch am gleichen Abend mit Ollenhauer und Erler darüber unterhalten. Er könne ihm mitteilen, daß diese beiden Herren und er selber grundsätzlich eine Koalition CDU/CSU-SPD für möglich und wünschenswert hielten. Diese drei Herren würden bei ihrer Vorstandssitzung eine solche Koalition als eine der theoretischen Möglichkeiten vorschlagen und hierzu ein Plazet erbitten. Grundlage für solche Gespräche über eine solche Koalition seien der ihm von Herrn zu Guttenberg übergebene Entwurf einer gemeinsamen Verlautbarung, die recht umfangreich ist, und der diesem Entwurf beigefügte Entwurf über die Hauptpunkte eines zu beschließenden Mehrheitswahlrechtes. Abschrift dieses Schreibens ist mir zugegangen. Bei Aushändigung des Schreibens teilte Wehner mit, daß am gleichen Tage noch der Regierende Bürgermeister von Berlin[43] informiert würde.

Durch einen Boten wurde dem Herrn Bundeskanzler am Freitag das Schreiben von Wehner an Guttenberg gegen 16 Uhr übergeben. Gleichzeitig wurde in einem ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen der Bundeskanzler informiert. In einem Gespräch mit dem Bundeskanzler um 16.30 Uhr, an dem Herr Krone und zeitweilig aus anderen Gründen Herr Ministerpräsident Meyers teilnahmen, wurden weitere Einzelheiten besprochen. Abends informierte Herr Guttenberg aus Berlin über den Ausgang der Vorstandssitzung der SPD in Berlin. Der Vorstand der SPD hat den von Wehner als die beste der gegebenen Möglichkeiten vorgetragenen Plan eingehend diskutiert und bis auf eine Stimme positiv kommentiert.

Aufgrund dieser Entwicklung wurde für Samstag, den 1. Dezember 1962, 10 Uhr, die Verhandlungskommission der CDU/CSU eingeladen, um diese Möglichkeit zu erörtern. Neben den formellen Mitgliedern der Kommission von Brentano, Schmücker, Struve[44], Barzel, Strauß, Dollinger waren Erhard, Dufhues, Krone und ich persönlich anwesend. Ich habe diesen Bericht dort erstattet. Ergebnis dieser Beratung war die Einberufung aller Parteigremien auf den heutigen Tag. Das für heute vorgesehene Koalitionsgespräch wurde auf Dienstag vertagt. Herr Dr. Krone wurde am Samstag

43 Willy Brandt.

44 Detlef Struve (1903–1987), 1949–1972 MdB (CDU), 1947–1969 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 719 Anm. 10.

gebeten, Herrn Kollegen Ollenhauer darüber zu unterrichten, daß auch mit ihnen gesprochen würde.

Zum Schluß meine persönliche Würdigung. Ich habe mich engagiert aus den Gründen, die ich einleitend nannte. Es geht um unseren Staat, um ungeheuer viel. Wenn Sie die persönliche Bemerkung gestatten, so möchte ich darauf hinweisen, daß seit meinem Gespräch am Montag abend, dem 26. November, bis zur Stunde keine Festlegung, die Wehner mir gegenüber vorgenommen hat, irgendeine Änderung erfahren hat. Ich darf mit großer Genugtuung, aber auch mit Absicht bemerken, daß sich daraus die notwendige Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nach meiner Meinung abzeichnet. Das gemeinsame Ziel dieser in Aussicht genommenen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD kann nur – ich betone noch einmal – die Bildung einer dauerhaften Regierung sein, die sich einig ist in dem Willen, die Demokratie zu festigen und dabei die Kontinuierlichkeit unserer Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Sozialpolitik zu garantieren. Ich bin mir darüber klar – und wer wäre das nicht –, daß uns vieles trennt. Wir müssen manche Dinge für gewisse Zeit zurückstellen. Ich habe aber dem Herrn Bundeskanzler in einem Gespräch auch folgendes gesagt: Nur unter seiner Figur können wir – wie de Gaulle das getan hat – das Haus bestellen, die Demokratie sichern und die Kontinuität gewährleisten.

Ich bitte um Verständnis für meine Handlung, für die ich persönlich einstehe. Ich bitte auch darum, die SPD nunmehr in die Beratungen über die Möglichkeit einer neuen Regierung offiziell einzubeziehen. *(Beifall.)*

Von Guttenberg: Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst ergänzend sagen, daß ich jedem Wort zustimme, was hier Herr Lücke für seine Person über die Motive seines Handelns gesagt hat. Ich darf hinzusetzen, daß ich auch völlig der gleichen Meinung bin, die er hinsichtlich der Person von Wehner vorgetragen hat. Ich halte Wehner aufgrund von mehr und längeren Gesprächen als die, die Herr Minister Lücke gehabt hat, für einen überzeugten Demokraten. Ich bin der Auffassung, daß er selbstverständlich bei dem, was er gesagt hat, auch das Wohl seiner eigenen Partei im Auge hat, aber vorzugsweise sich um das Staatswohl Sorgen macht. Ich glaube, daß das rein parteipolitische Interesse der SPD eigentlich darin liegen würde, die Kette von Krisen weiter fortzusetzen, die wir in der Vergangenheit erlebt haben.

Dann darf ich noch einiges zu der Frage sagen, warum ich es auf meine eigene Kappe genommen habe und nur aufgrund eigener Überlegungen Herrn Wehner ein solch umfangreiches Papier gegeben habe. Ich habe das nur deshalb gemacht, um auf diese Weise eine Unterschrift des Herrn Wehner zu bestimmten Dingen – insbesondere zur Frage des Mehrheitswahlrechtes – zu bekommen. Wie Sie aus dem Bericht des Herrn Ministers Lücke entnommen haben, ist diese Unterschrift geleistet. Diese Unterschrift steht unter einem Brief an mich und an Herrn Minister Lücke. Diese Unterschrift bedeutet, daß Wehner uns beiden mitgeteilt hat, daß er, Ollenhauer und Erler auf der Grundlage der Einführung des Mehrheitswahlrechtes bereit wären, die große Koalition ins Auge zu fassen.

Ich darf wegen der vorhin hier entstandenen Meinungsverschiedenheit, was abso-

lutes und was relatives Mehrheitswahlrecht ist, den Inhalt des Entwurfs bekanntgeben, den ich Herrn Wehner übergeben habe. Er enthält die Hauptpunkte eines neu zu beschließenden Wahlgesetzes:

§ 1. Die Zahl der Abgeordneten bleibt wie bisher, Sonderbestimmungen für die Berliner Abgeordneten wie bisher.

§ 2. In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

§ 3. Einteilung in Wahlkreise. Die Aufteilung des Wahlgebietes in so viele Wahlkreise, wie es Abgeordnete nach § 1 gibt, wird durch besonderes Gesetz geregelt. Die Wahlkreise sollen annähernd gleich große Einwohnerzahlen umfassen. Die Wahlkreise müssen ein zusammenhängendes Ganzes bilden.

§ 4. Der Wahlvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und in einem Wahlvorschlag benannt werden.

§ 5. Feststellung des Wahlergebnisses.

§ 6. Nachwahlen.

Das sind die wesentlichen Punkte aus einem Gesetzentwurf, den im Jahre 1953 Herr Minister Lücke mit einer Reihe von Kollegen eingebracht hat. Hinsichtlich der Einführung einer Reserveliste glaube ich sagen zu können, daß eine Bereitschaft bei der SPD bestünde, auch hierüber zu reden.

Ich darf dann noch einen Bericht über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am Freitag nachmittag hinzufügen. Herr Wehner hat mir über seinen Vortrag bei dieser SPD-Parteivorstandssitzung im voraus an Hand seiner Notizen berichtet. Er sagte mir, daß er dort natürlich nicht auf irgendwelche Gespräche eingehen könnte, aber doch berichten könnte, daß nach seiner Kenntnis es Kreise in der CDU/CSU geben könnte, die interessiert daran seien, mit der SPD ins Gespräch zu kommen. Er sagte mir, daß er deshalb die Sache so anfassen werde – er hat es dann tatsächlich auch so angefaßt –, daß er dem SPD-Vorstand die einzelnen theoretischen Möglichkeiten für eine Aktion der SPD in dieser Situation schildern werde. Er hat diese einzelnen theoretischen Möglichkeiten wie folgt geschildert.

Er hat eine Neuwahl abgelehnt mit dem Bemerken, es könne nicht dem Staatswohl dienen, wenn eine „Spiegel"-Wahl stattfinde. Er hat eine Koalition zwischen SPD und FDP abgelehnt mit dem Bemerken, daß die FDP nicht regierungsfähig sei, und mit dem Bemerken, daß man hierdurch möglicherweise die FDP spalten und uns eine Mehrheit geben könnte. (*Zuruf:* Das ist wichtig!) Er hat weiterhin gesagt, daß er gegen eine Minderheitsregierung sei. Auch dies würde dem Staate nicht dienen. Eine Allparteienregierung sei die letzte Notlösung und könne nicht jetzt schon ins Auge gefaßt werden. Die beste Lösung sei nach seiner Auffassung eine Koalition zwischen CDU/CSU einerseits und SPD andererseits, bei der Personenfragen keine Rolle spielen – jeder bei der SPD wußte, daß dies heißt: unter Bundeskanzler Dr. Adenauer – und bei welcher ein Wahlrechtwechsel zum Mehrheitswahlrecht ins Auge gefaßt werden müsse. – So hat er dort vorgetragen.

Er sagte mir dann unter Nennung von Namen, wer aus diesem SPD-Parteivorstand dann gesprochen habe und welches Echo aus dem Parteivorstand ihm entgegengeschallt habe. Sie werden verstehen, daß ich aus Gründen der Fairneß diese Namen nicht nenne. Nur eine einzige Stimme habe sich gegen Konrad Adenauer als Bundeskanzler erhoben; alle anderen Stimmen hätten grundsätzlich seinem Vortrag zugestimmt und hätten mit bestimmten Graduierungen sogar verlangt, die SPD solle in dieser Sache aktiv werden. Dieses Aktivwerden wurde aber von der Mehrheit abgelehnt; sie sei der Auffassung gewesen, man solle sich rezeptiv verhalten und warten, bis die CDU/CSU ihrerseits an sie die Dinge herantrage.

Ollenhauer habe dann gesagt, auch die SPD müsse ihr Teil zur Lösung dieser Krise beitragen. Herr Wehner hat erklärt – unter dem Beifall des Vorstandes –, es müsse vor allen Dingen vermieden werden, daß diese „Spiegel"-Sache sich zu einem Wundbrand auswachse, der niemandem dienen könne. Von 33 satzungsgemäßen Mitgliedern dieses SPD-Parteivorstandes waren etwa 22 da.

Ich habe heute früh, um auf dieser Sitzung hier Auskunft geben zu können, noch einmal mit Herrn Wehner Verbindung aufgenommen. Er sagte mir, es seien keine neuen Elemente eingetreten. Er sagte weiterhin hinsichtlich des Mehrheitswahlrechtes, daß für die drei genannten Namen – Wehner, Ollenhauer, Erler – nach wie vor, wie aus diesem Papier und aus dem Vortrag hervorgeht, das Mehrheitswahlrecht als ein Junktim mit dem Koalitionswechsel Grundlage für eventuelle Gespräche sein solle.

Adenauer: Ich schlage vor, daß wir die kurze uns zur Verfügung stehende Zeit nicht noch dafür verbrauchen, daß wir jetzt in eine längere Debatte darüber eintreten, daß zwei Herren auf eigene Faust gehandelt haben. (*Widerspruch. – Schmücker:* Da sind wir völlig anderer Meinung!) Das ist ein Vorschlag von mir, meine Herren. Ich möchte nur folgendes sagen: Wenn wir entsprechend dem Beschluß unserer Fraktion mit der SPD Verhandlungen aufgenommen hätten, würde ich auch dafür gesorgt haben, daß vorher gewisse Fühlungnahmen stattgefunden hätten, ehe ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Partei in Erscheinung trete. Wenn die beiden Herren das getan haben – nun, meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen: Wenn es eine Sünde war, dann war es eine läßliche Sünde, über die man sich nicht so aufregen soll. Das Wort hat nun Herr Blank.

Blank: Meine Damen und Herren! Ich gehe zunächst von dem aus, was mein Freund und Landesvater Dufhues gesagt hat, wenn ich das alles richtig verstehe. (*Zuruf:* Landesvater?) Landesvater ist bei uns der Parteivorsitzende; der steht sehr hoch im Rang. Er ging davon aus, daß, wenn man jetzt zu einem besseren Wahlrecht käme, zu einem Mehrheitswahlrecht – wie modifiziert, lasse ich dahingestellt –, das eine Angelegenheit sei, daß man danach greifen könne. Wenn man ein anderes Wahlrecht erstrebt, gibt es doch dafür nur zwei Motive. Das erste ist das, daß man sagt, man will die demokratische Ordnung stabilisieren. Das zweite ist doch sicher, daß man dabei auch daran denkt, daß man selber der beste Garant für die demokratische Ordnung wäre und also bei dem Wahlsystem auch entsprechend gut abschneidet.

Hier möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, eine Illusion nehmen, wenn sie

aufgetaucht sein sollte, und zwar anhand einer ganz nüchternen Analyse der letzten Wahl. Ich lasse völlig dahingestellt, aus welchen Gründen wir die Wahl verloren haben. Für mich ist aber klar, daß die Wahlchancen immer dann geringer werden, wenn man sich nicht immer klar akzentuiert von einem Gegner absetzt, wenn man keinen Gegner in der Politik hat. Nach einer solchen Wahlrechtsänderung wäre, wenn wir dann die FDP überhaupt nicht mehr haben, die SPD dieser Gegner.

Und da will ich Ihnen einmal folgende, ganz nüchterne Zahlen vor Augen führen: Im Jahre 1953 hatte die CDU/CSU 172 Direktmandate, 1957 194 und 1961 156. Die SPD hatte 1953 45, 1957 46 und 1961 91. Sehen Sie den Trend? In den 156 Wahlkreisen, die die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1961 gewann, hatte sie in 27 Wahlkreisen einen Stimmenvorsprung von etwa 0 bis 4,9 %. Bei gleicher oder ähnlicher Wahlkreiseinteilung würde ein Stimmenschwund von nur 2,5 % zu Lasten der CDU bzw. zugunsten der SPD dazu führen, daß wir diese 27 Wahlkreise an die SPD verlören, und das Verhältnis wäre dann schon 129 zu 118. Jede Stimmenverschiebung, die über 2,5 % hinausginge, würde bei der heutigen Wahlkreiseinteilung ohne weiteres – ich möchte fast sagen: mit Gewißheit – zur Mehrheit bei der SPD führen.

Aber ich gebe die Analyse auch einmal bezogen auf das Land Nordrhein-Westfalen. Hier werden die Dinge wirklich außerordentlich interessant. Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hatte die CDU einen Stimmenanteil von 46,4 %; sie lag um 3,1 % vor der SPD mit 43,3 %. Die CDU gewann 76 Direktmandate, die SPD 74; Vorsprung: 2. Hier hätte also schon eine äußerst geringfügige Stimmenverschiebung in nur zwei Wahlkreisen dazu führen können, daß die SPD – zwar bei einem geringeren Gesamtstimmenanteil – doch die Mehrheit erlangt hätte.

Nun wird man sagen: In diesem Wahlrecht, das wir vorhaben, ist natürlich eine Modifikation drin. Zu den Direktmandaten muß es in einer irgendwie gearteten Weise doch so etwas wie eine Reserve geben. Es war hochinteressant bei den bayerischen Wahlen – da habe ich auch Versammlungen abgehalten, Freund Lücke, und habe das sehr genau studiert –, wie wir in den Großstädten langsam unsere Direktmandate verlieren. Wenn Sie das einmal auf das ganze Bundesgebiet beziehen – Sie können ruhig bei Köln anfangen und nach Duisburg, Düsseldorf, Hannover, Hamburg, Bremen usw. gehen –, dann müssen Sie zu dem Ergebnis kommen, daß ein Mehrheitswahlrecht – auch mit einer gewissen Modifikation – so, wie die Dinge politisch gegenwärtig liegen, bedeutet, daß die SPD und nicht wir die Mehrheit bekommen.

Nun werden Sie mich fragen: Wenn der Trend schon so ist, wie kann man ihn unterbrechen? Da stelle ich die ganz naive Frage, was wir denn in drei Jahren nach dreijähriger Gemeinsamkeit mit der SPD unseren Wählern als das Gegensätzliche, als das, was für uns spricht, vorstellen sollen. Das reduziert sich doch dann auf Null.

Nun möchte ich mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß heute morgen vielleicht die Version aufkommt, als habe sich der Herr Wehner gewandelt. Außerdem: Zu dem, was er den Herren gesagt und geschrieben hat, hat er auch vor Funktionären in Bremen einiges gesagt. Dort hat er auch einiges zu meinem Kollegen Franz Josef

Strauß gesagt.[45] Aber das kann Franz Josef Strauß schon selber nachlesen; das brauche ich hier nicht zu zitieren. Er hat aber auch etwas über den Herrn Bundeskanzler gesagt. Er hat gesagt, daß auch der Bundeskanzler noch einige Klarstellungen in der „Spiegel"-Sache schuldig sei. Er hat dann wörtlich gesagt: Der Bundeskanzler hat auf einem zum Teil eingeseiften Boden gesprochen, auf den er – und nun kommt die Infamie, die er immer gebraucht –, der vielleicht die Situation nicht mehr ganz überschaue, diesmal verlockt worden sei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache es ganz kurz: Ich halte die Spekulation, mit einem irgendwie gearteten Wahlrecht zu einem Erfolg zu kommen, der uns die lästige FDP – und ich liebe die Brüder auch nicht – vom Halse schafft, nach Lage der Dinge für völlig falsch.

Ich habe mir drei Sätze, die der Herr Bundeskanzler gesagt hat, mitgeschrieben. Ich polemisiere gar nicht darüber, was in den vergangenen Tagen nicht hätte passieren können. Darüber will ich gar nicht reden. Er hat gesagt: „Der Landesverrat ist der Hintergrund dieser Krise." Wenn ich mir die Frage erlauben darf: Erlaubt der gegenwärtige Stand aller Untersuchungen, von der SPD anzunehmen, daß sie in puncto Landesverrat völlig sauber sei? (*Zuruf:* Sehr gut!)

Zweiter Punkt: „Ich fürchte", hat der Herr Bundeskanzler gesagt, „daß die Wahl 1965 verlorengeht" – das ist auch meine Sorge –, „weil", so sagte er und erinnerte dabei an die Diskussion, die er mit Herrn Präsident Gerstenmaier gehabt hat, „das ‚C' seine Werbekraft verloren hat." Aber wie soll das „C" seine Werbekraft wieder erlangen, wenn wir drei Jahre zusammen mit einer Partei gehen, die expressis verbis in den Gesprächen mit den beiden Herren gesagt hat: Alles, was das Kulturelle anbetrifft, müssen wir mal völlig aus der Erörterung herauslassen? *(Beifall.)*

Der Herr Bundeskanzler hat drittens gesagt: Wenn man mit der FDP weiter koaliere, würde man bald neue Krisen haben. Das mag sein. Aber ich wage, Herr Bundeskanzler, folgende Prognose: Wenn wir erst der SPD die Türe aufgemacht haben und wenn sie hier drinsitzt, dann wird sie zu dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt uns eine Krise bescheren, an deren Ende dann das steht, was die Herren wirklich wollen, nämlich noch vor der Bundestagswahl so weit in den Besitz der Macht zu kommen, daß sie den Bundestag in der Hand haben.

Zur demokratischen Zuverlässigkeit des Herrn Wehner hätte ich auch einiges zu sagen. Ich will nur nicht darauf eingehen. Ich bitte Sie darum: Gehen Sie doch nicht auf die Spekulation ein, als ob wir diesen unzuverlässigen, diesen lästigen Partner, mit dem wir nun einmal zu tun haben, weil uns acht Stimmen fehlen, durch eine Modifikation des Wahlrechtes loswerden könnten; dieses Wahlrecht wird sich dann zugunsten der SPD auswirken. Versuchen wir, profiliertere CDU-Politiker zu sein als bisher, damit wir uns von der SPD abheben, dann werden wir die Wahl gewinnen.

---

45 Vgl. FAZ vom 3. Dezember 1962 „Wehner: Kaiserschnitt bei der FDP". Wehner hatte jedoch nicht in Bremen, sondern in Hannover gesprochen (FAZ vom 4. Dezember 1962).

Die nächste Aufgabe heißt: Der Herr Bundeskanzler muß seine Regierung bilden und stabilisieren, ohne sich auf Zeitkündigungen einzulassen. Dazu sollten sich auch bei dem Haufen wohl noch zwei Dutzend anständige Männer finden, die nicht bereit sind, Deutschland an Herrn Wehner auszuliefern.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, Sie haben mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß es sich um eine Vertrauenskrise handele. Vertrauen ist aber eine Sache der Gegenseitigkeit, ich füge gern hinzu: der disziplinierten Gegenseitigkeit, nicht eine Sache des Gehorchens und Befehlens. Es haben hier Verhandlungen stattgefunden; Herr Etzel sagt dazu: Gott sei Dank, das ist den Leuten zu danken. Das beklage ich gar nicht. Aber ich beklage, daß man uns hat weiter verhandeln lassen, ohne uns zu informieren, daß mit der anderen Seite Gespräche laufen. Das hat mit Vertrauen nichts zu tun. Herr Bundeskanzler, wenn Sie sagen, es handelt sich um eine Vertrauenskrise, muß ich Ihnen sagen: Man hätte uns das Vertrauen entgegenbringen müssen, uns zumindest zu bitten, auf der Stelle zu treten, anstatt uns aufzufordern, die weiteren Verhandlungen vorzubereiten. Das muß hier ausgesprochen werden. Die weiteren Einzelheiten über den gesamten Komplex werde ich in der Fraktion vortragen. Von der Fraktion haben wir den Auftrag bekommen. Ich hoffe, daß wenigstens nicht wieder andere sich jetzt von ihrem Gewissen getrieben fühlen und aus anderen Motiven gleichzeitig wieder andere Verhandlungen führen. *(Zuruf von Lücke.)* Gehen Sie bitte nicht so weit, daß Sie die Rolle von Döring und Wehner vertauschen. Ich habe den Eindruck, daß man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben will. Und was so als der letzte entscheidende Grund hier angefügt wurde, das war diese Sache bezüglich der Informierung über Starke bis zu Wehner. Mein lieber Freund Paul Lücke, wenn solche Informationen laufen, dann ist das ein Skandal.

Alle die Bedenken, die Theo Blank hier aufgetischt hat, müssen wir zumindest untersuchen. Ich bin gar nicht dagegen, daß wir über die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD sprechen. Aber ich möchte, daß das im Geist gegenseitigen Vertrauens – und darauf haben wir einen Anspruch – geschieht. Man darf nicht anfangen zu verhandeln und andere, die man offiziell damit beauftragt, einfach ins Leere laufen lassen und ihre persönliche Glaubwürdigkeit desavouieren. Dadurch erschweren wir uns in der Politik gegenseitig die Arbeit.

Wenn wir die große Koalition überlegen, und wenn wir sie eingehen, müssen wir uns klar sein, daß wir damit in einen reinen Pragmatismus der Politik kommen werden, daß wir das „C" streichen können. Auch hinsichtlich der personellen Zusammensetzung müssen wir uns klar sein, was geschehen wird. Man will das System der Staatsminister einführen. Im Zusammenhang mit der Kanzlernachfolge – meinetwegen 1965 – ist es bei dieser Betrachtung ganz selbstverständlich, daß dann die SPD personell in den Vordergrund kommt. Die jetzige Nummer 2 – von der SPD gestellt – wird dann die Möglichkeit haben, zur Nummer 1 vorzustoßen.

Und dann zum Wahlrecht! Ich habe nichts dagegen, daß wir dieses Wahlrecht einführen. Aber bevor wir das machen, müssen wir uns bei uns in der Fraktion und auf der anderen Seite vergewissern, ob überhaupt eine Mehrheit dafür zustande

kommt. So, wie die Bedenken hier vorgetragen worden sind, habe ich die Vermutung, daß man sich zwar auf dieses Gesetz festlegt, daß aber nachher mit Hilfe der FDP, die da auf keinen Fall mitmacht, eine Quer-Beet-Mehrheit zustande kommt und die ganze Geschichte scheitern wird.

Die übrigen Punkte sind Überschriften, unter denen sich jeder das vorstellt, was er sich von Hause aus wünscht. Diese Überschriften bedeuten keine Übereinstimmung. Ich warne vor Romantik. Ich schlage noch keinen Weg vor, sondern meine, wir müssen diskutieren und zum Schluß zu einem Ergebnis kommen. Ich möchte noch einmal betonen: Bitte stellen Sie das Vertrauensverhältnis, das ganz erheblich gestört ist, schnellstens wieder her; sonst können wir nicht weiter verhandeln.

Fricke: Meine Damen und Herren! Ich darf an den Beginn meiner kurzen Stellungnahme die Erklärung stellen, daß ich jedem, der sich Sorgen macht, und jedem, der von sich aus etwas unternimmt – so auch unserem Freund Minister Lücke und Herrn zu Guttenberg –, den besten Willen unterstelle. Ich bin überzeugt, daß auch sie das Beste aus der schwierigen Lage zu machen versuchen. Aber ich kann vollauf Herrn Dufhues verstehen, wenn er zu Beginn sagte, es ist sehr schwer, in dieser Lage die rechten Worte zu finden.

Ich muß zunächst gestehen, daß ich über diese Entwicklung schlechthin konsterniert bin. Ich erachte mit Herrn Blank die Folgen vorerst als unabsehbar. Das mag sich aus unserer spezifischen Situation im evangelischen Norden und in Niedersachsen ergeben. Herr Dufhues hat gesagt, das Ziel sei, mit einem neuen Wahlrecht zu größerer Stabilität zu kommen. Bei uns im Norden wird aus diesem Wahlrecht – Herr Blank, Sie haben recht – ganz sicherlich eine rote Stabilität. Berlin, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen sind dann endgültig verloren, Nordrhein-Westfalen auf das äußerste gefährdet, vielleicht auch weitere Bereiche.

Meine Herren, verehrter Herr Bundeskanzler, ich bitte zu verstehen, daß wir aus Niedersachsen im Vorstadium unserer Landtagswahl natürlich die Dinge sehr ernst betrachten. Wenn die Sache aus übergeordneten Gesichtspunkten so laufen muß, dann werden wir endgültig die Chance verloren haben, in Niedersachsen eine Wende herbeizuführen. Das würde uns bei einer großen Koalition in Bonn wohl kaum gelingen. Denn dann würden unsere norddeutschen Minister – die evangelischen – fast nicht wiederkommen: Seebohm, Schwarz, Merkatz, Lemmer. Wir würden nicht das erreichen, worum wir uns bemühen. Ich war gerade mit Herrn von Merkatz wieder in Rotenburg, wo in den vergangenen Jahren das Scherbengericht über ihn abgehalten worden ist.[46] Wir sind dort großartig angekommen. Langsam kommen auch die Kommunalpolitiker der DP zu uns. Wir haben die Chance, die 400.000 Stimmen zu gewinnen. Aber wenn die hier angedeutete Entwicklung eintritt, ist diese Chance vertan. Die Wahlen in Niedersachsen können wir dann sehr moderiert führen.

---

46 Von Merkatz war 1960 von der DP zur CDU übergewechselt. Während des Bundestagswahlkampfes 1961 wurde er in seinem Wahlkreis Osterholz-Rotenburg-Verden deswegen von der GDP angegriffen. Material in ACDP I-148-113/01.

Wir können vielleicht auch besser im Frühjahr in Urlaub fahren und brauchen uns nicht allzu stark zu strapazieren.

Ich bin wirklich etwas schockiert gewesen, als Herr zu Guttenberg sagte, Herr Wehner habe ihm erklärt und versichert, daß auch die SPD sich ehrlich verpflichtet fühle, zur Überwindung dieser Krise etwas beizutragen. Bisher hat sie mit Wohlgefallen diese Krise, diesen Zauber, diese Hysterie der letzten Wochen ablaufen lassen und sich ihr Süppchen daran gekocht.

Scheufelen: Wir sollen hier analysieren, welche Folgen sich ergeben, wenn wir die Entschließung, die uns hier zur Annahme vorliegt, annehmen. Wir müssen die Entwicklung rückschauend betrachten. Da hat sich folgendes ergeben: Sämtliche zurückliegenden Wahlen haben sich zugunsten der Partei an der Regierung ausgewirkt. Auch die Bundestagswahlen 1961 wären – wie die EMNID-Ergebnisse vorher gezeigt haben[47] – ohne die Störung in Berlin zu unseren Gunsten ausgegangen. Die Wahlen in Schleswig-Holstein gingen zugunsten der CDU, weil sie dort regiert. In Hessen gingen die Wahlen zugunsten der SPD, weil diese dort regiert. Bei den Wahlen in Bayern kommen noch andere Gesichtspunkte hinzu. Aber auch dort sind sie zugunsten der Regierungspartei ausgegangen. (*Meyers:* Nordrhein-Westfalen nicht vergessen, auch wenn es nicht in das Schema paßt!) Herr Dr. Meyers, die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen liegt schon sehr weit zurück; deswegen bin ich darauf nicht eingegangen. Dort traf als außergewöhnliches Ereignis der Tod von Arnold ein. (*Meyers:* Ich meine die letzte Landtagswahl!) Wenn man die jetzige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen betrachtet und mit der vorhergehenden vergleicht, darf man nicht vergessen, daß die vorhergehende durch den Tod von Arnold damals günstig beeinflußt worden ist.

Wir haben bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg erstmalig unseren Rückgang auffangen können und haben uns wesentlich verbessert.[48] Das ist mit darauf zurückzuführen, daß wir aus der Allparteienregierung im Lande raus sind.

Ich wollte also zu bedenken geben, welche Vorteile die Gruppe hat, die an der Regierung ist, und was geschieht, wenn eine Partei in die Regierung kommt.

Barzel: Ich glaube, die Sachprobleme stehen jetzt nicht zur Diskussion. Darüber werden wir heute noch in der Fraktion sprechen. Ich möchte nur zu drei Punkten etwas sagen.

Für uns alle ist die Frage der Koalition – so oder so – kein Dogma. Hinsichtlich dieser Fühlungnahmen – wie sie jetzt heißen – mit der SPD, von denen wir nichts wußten, schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Schmücker an. Ich möchte Ihnen aber hier auch einiges über den Stand unserer Verhandlungen mit der FDP sagen, weil es sonst vielleicht ein schiefes Bild geben könnte.

---

47 Lt. EMNID hatten sich im Juni 1961 39 % für die CDU, 28 % für die SPD und 7 % für die FDP ausgesprochen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 939.

48 Ergebnis der Kommunalwahl am 4. November 1962 in Baden-Württemberg: CDU 24,8 % (1959: 23,0 %), SPD 33,0 % (31,0 %) und FDP 8,3 % (9,0 %).

Wir haben mit der FDP am Donnerstag ein Gespräch gehabt.[49] Dieses Gespräch verlief – mindestens nach Meinung von Herrn Schmücker und nach meiner Meinung – so, daß wir einen positiven Eindruck hatten. Ich bitte das daraus zu entnehmen, daß Herr Schmücker und ich den Auftrag bekamen, am Freitag als Unterkommission mit Herrn Zoglmann[50] und Herrn von Kühlmann-Stumm[51] von der FDP weiter zu verhandeln, um die Tagesordnung für die an sich für heute vorgesehenen Gespräche fortzuführen. Bei diesem Gespräch hatte die FDP erklärt, es sei ihr Interesse und sie sehe es als nicht unmöglich an, in dieser Woche bis zur Rückkehr des Herrn Bundespräsidenten eine Regierung zu bekommen. Wir haben also am Freitag die Tagesordnung vorsortiert. Hierüber gibt es einen Vermerk des Herrn Schmücker. Er betrifft auch interessante Fragen wie etwa die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit in der Zukunft. Dieser Vermerk stammt vom 30. November. Er ist mittlerweile auch den Herren der FDP zugegangen. Ein Widerspruch ist, soweit ich weiß, nicht eingegangen.

Ich darf noch etwas anderes sagen. Ich kenne Herrn Döring aus Düsseldorf und bin natürlich bei ihm ein bißchen vorsichtig. Aber er hat uns seine Interessenlage geschildert. Auf dem Tisch liegen die Wahlergebnisse der FDP von diesem Jahr. Er sagte: „Ich habe gelernt, die Krisen gehen zu unseren Lasten; ihr tragt das noch besser durch, und die SPD gewinnt dabei; das kann nicht unser Interesse sein. Deshalb sind wir interessiert, einen Weg zu finden, ohne künftige Krisen hier eine Koalition zu versuchen." – Ich will mich nicht dafür verwenden. Ich bin nur verpflichtet, auch diesen Teil zur Information vorzutragen.

Dann ein zweiter Punkt. Ich würde sagen, für mich ist überhaupt noch keine ausreichende Information vorhanden, um jetzt einen Beschluß zu fassen, daß wir auf diesen Boden der SPD auch nur theoretisch treten. Ich will sagen: Was da kommt, ist so interessant, daß wir es uns einmal ansehen sollten.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt. Wir haben doch pausenlos in einer Sorge gestanden, da wir nicht die Mehrheit im Hause haben und von Düsseldorf her gebrannte Kinder sind. Ich habe von Anfang an gesagt: Vielleicht diskutieren wir hier lange über irgendwelche Fragen und die anderen kommen und haben eine Regierung. Das darf man auch nicht vergessen. Wir dürfen heute nicht einen einseitigen Beschluß fassen. Denn damit schlagen wir der anderen Seite die Tür zu und sind dann festgenagelt, da uns die Mehrheit fehlt. Deshalb können wir heute nur eine allgemeine Aussprache über die Probleme führen, nicht aber in die Sache einsteigen. Es kann doch am Schluß dieses Tages überhaupt nur der Beschluß der Fraktion, die zuständig ist, stehen, morgen, wie angesetzt, mit der FDP zu verhandeln, und zwar zügig, und

---

49 Vermerk über die Besprechung der Verhandlungskommission der CDU/CSU und der FDP am 29. November 1962 in ACDP I-070-003/3.

50 Siegfried Zoglmann (geb. 1913), 1950 Pressereferent und Landesvorstandsmitglied der FDP NW, 1954–1958 MdL NW, 1957–1976 MdB (bis September 1970 FDP, Oktober 1970 bis Dezember 1972 Hospitant der CSU-Landesgruppe, dann Mitglied).

51 Knut Frh. von Kühlmann-Stumm (1916–1977), 1960–1976 MdB (FDP, 1963–1968 Fraktionsvorsitzender, seit 1972 CDU).

übermorgen mit der SPD, um einmal den Puls zu fühlen, wie hart diese Informationen sind. Dann soll am Donnerstag die Fraktion, die dafür zuständig ist, die Entscheidung treffen.[52] Es kann nur der Sinn dieser Debatte hier sein, uns das eine oder andere Argument zu sagen. *(Zuruf von Gerstenmaier.)* Ich wollte Sie nicht erregen, Herr Präsident Gerstenmaier. (*Gerstenmaier:* Aber Sie haben einen ganz entscheidenden Satz gesagt, den ich für falsch halte! Ich bin nicht der Meinung, daß es allein Sache der Fraktion sei, die Entscheidung zu treffen!) Erlauben Sie gütigst, daß ich ganz ruhig bleibe. Ich bin auch ein bißchen aufgeregt über manche anderen Vorgänge. Ich würde gern ruhig bleiben. Diesen Lapsus linguae nehme ich weg. Betrachten Sie das als nicht gesagt. Ich meine, daß die Partei natürlich als erste zu den Dingen etwas zu sagen hat. Die Beschlußfassung liegt nachher bei der Fraktion. Ich möchte, Herr Präsident Gerstenmaier, daran erinnern, daß eine Wahlrechtsfrage – ich spreche jetzt wieder in meiner Sprache – natürlich auch eine Frage der eigenen Stühle ist. Deshalb würde eine Fraktion ganz peinlich und empfindsam auf einen Expressis-verbis-Beschluß oder -Rat dieses Parteivorstandes, dem ich selber anzugehören die Ehre habe, reagieren. Nur das wollte ich gesagt haben.

Adenauer: „Abstimmung über die eigenen Stühle" ist auch kein gutes Wort. Gewiß, es ist eine Realität, aber es ist kein gutes Wort.

Struve: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir Abgeordneten haben die Pflicht, unserem Auftrag entsprechend bis 1965 in einer guten Koalition mit einer stabilen Regierung zu arbeiten. Rückblickend – ich sage damit nichts Neues – kann ich feststellen: Noch nie bin ich in meiner parlamentarischen Tätigkeit so über die Arbeit enttäuscht gewesen wie über die im letzten Jahr hinter uns liegende. Wenn ich das sage, muß ich sofort auf die erste Vorstandssitzung unserer Fraktion zu sprechen kommen, die heute vor acht Tagen in Gegenwart unseres Freundes Dufhues stattfand.[53] Wenn die Norddeutschen schlechthin, aber die Schleswig-Holsteiner im besonderen das Wort von der großen Koalition hören, dann bedeutet das für sie rotes Licht. Aber aus vielen Erfahrungen heraus und nicht zuletzt aufgrund der gegenwärtigen Lage habe ich als erster am Montag – allerdings mit Blickrichtung auf die Partei – Herrn Dufhues gesagt: Wir müssen raus aus dieser Gefährdung, wir werden von einer kleinen Minderheit erpreßt und regiert; wir können so nicht mehr arbeiten. Die Partei darf sich nicht mehr so einseitig festlegen. Ich habe hinzugefügt: Ich bitte Sie dann aber auch, das Wahlrecht zu verändern, sonst richten wir nicht nur die Koalition, sondern auch den Staat und die Demokratie zugrunde. Ich bin der Meinung, daß aufgrund der Arbeit des letzten Jahres leider schon bittere Anzeichen in dieser Richtung zu erkennen sind, nicht nur unter uns, sondern auch draußen bei unseren Freunden, aber auch bei unseren Wählern.

---

52 Am Freitag, dem 7. Dezember 1962, unterrichtete von Brentano die Fraktion über den Stand der Verhandlungen zur Regierungsbildung (Kurzprotokoll in ACDP VIII-001-1009/2). Am Donnerstag, dem 6. Dezember, fand keine Sitzung der Bundestagsfraktion statt.

53 Vgl. Anm. 38.

Hier ist eine Schilderung über Personen erfolgt. Wenn ich an Gespräche mit Blücher und anderen im Frankfurter Wirtschaftsrat zurückdenke und die Entwicklung bis heute verfolge, dann muß ich sagen, ich weiß eigentlich nicht, mit wem ich heute noch in der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages verhandeln soll, (*Zuruf:* Sehr gut!) um Vertrauen haben zu dürfen. Das Vertrauen ist auf der ganzen Linie erschüttert. Ich habe den Eindruck, daß dort zugunsten der eigenen Partei jeder Weg beschritten wird, um die CDU/CSU zu schädigen. Aber zu gleicher Zeit – und das spürt man anscheinend nicht – ruiniert man den Staat und die Demokratie. So gesehen steht nach meinem Dafürhalten heute auch der Fraktionsbeschluß zur Diskussion: Findet der Vorschlag Lücke, neben der FDP auch mit der SPD zu sprechen, die Billigung, oder ist man ganz einfach dagegen? (*Zuruf:* Das ist doch schon beschlossen!) Die Fraktion hat beschlossen. Aber hier wollen wir die Meinung unserer Freunde aus den Ländern hören. Ich bin der Meinung, daß wir verpflichtet sind, entsprechend diesem Fraktionsbeschluß nach beiden Seiten hin zu verhandeln.

Ich bin auch der Auffassung, daß wir – ich möchte sagen – die Stimmung der Fraktion richtig wiedergeben, wenn wir sagen: Die Beauftragten sollen zusammen mit unserem Herrn Bundeskanzler alles daransetzen, um die Fortsetzung der alten Koalition zu ermöglichen. Wenn ich mir aber die Fühlungnahmen – einschließlich Abendessen mit allem drum und dran – ansehe, dann muß ich sagen, ich habe den Eindruck, daß noch gar keine neuen richtigen Verhandlungen begonnen haben, und schon wird immer wieder hineingeschossen, um mit dieser oder jener Zweckmeldung etwas für sich – die FDP – zu erreichen.

Ich meine, daß die Frage der großen Koalition nur gesehen werden darf unter dem Gesichtspunkt: Wie müssen wir uns als Partei und als Fraktion benehmen, damit wir endlich wieder vernünftig arbeiten können und durch gute und vernünftige und konstruktive Arbeit wieder das Vertrauen unter uns, aber auch Vertrauen nach unten, in die Bevölkerung hinein, bekommen? Das Vertrauen muß auf gemeinsamer Staatsbejahung beruhen. Es müssen aber auch echte und andere Unterrichtungsmethoden gefunden werden. Sonst geht nach meinem Dafürhalten das letzte verloren, was wir jetzt in zehn oder zwölf Jahren erfolgreich aufgebaut haben. Im letzten Jahr haben wir nichts aufgebaut. Im letzten Jahr haben wir stillgestanden. Wir sind dabei, draußen immer mehr an Kredit zu verlieren.

Ich bin also der Meinung, daß wir über den Weg der großen Koalition (*Gurk:* Sollen in der großen Koalition drei sein?) – nein, CDU/CSU und SPD – und über den Weg einer Wahlrechtsänderung zu einem echten Zweiparteiensystem kommen müssen. Ich glaube, daß der Gesetzgeber dies noch etwas schneller erzwingen muß, als es sowieso durch die Entwicklung gekommen wäre. Wenn wir es der Entwicklung hätten überlassen können, wäre uns das am liebsten gewesen. Die Situation dafür ist aber nicht mehr gegeben, diesen Prozeß der Zeit zu überlassen.

Ich neige sehr stark dazu, jetzt sofort neben der FDP auch mit der SPD Verhandlungen aufzunehmen. Wenn wir das eine große Ziel – Festigung der Demokratie, Festigung und Bejahung des Staates im Volk und bei uns – erreichen können, dann sollten

wir dafür einen Preis zahlen. Darüber kann es keinen Zweifel geben: Aufgrund eines richtigen Wahlgesetzes muß, Kollege Blank, 1965 ein scharfer Wahlkampf geführt werden, dann aber zwischen zwei Parteien. Und dann soll eine gewinnen. Ich füge hinzu: Wenn wir etwas verankern können, was den Staat stabilisiert, *(Beifall)* dann bin ich der Meinung, muß eine CDU/CSU einen Wahlkampf nicht nur führen, sondern sogar auch verlieren dürfen. Wir haben uns dann von einer echten demokratischen Entscheidung leiten lassen. Der Staat, die Demokratie und die staatliche Ordnung müssen im Vordergrund stehen. *(Beifall.)*

Albers: Meine Damen und Herren! Wenn man vom Lande kommt und in diesem erhabenen Kreise so viele Überlegungen wie heute früh hört, dann ist man etwas erstaunt über die innerhalb dieses Kreises gewachsene Einsicht. Sie wissen, daß ich mich im vorigen Jahr dafür eingesetzt habe, daß man es mit der FDP versuchen soll. Ich habe das aus Überzeugung getan, aber auch mit dem Willen, wir lassen uns in der Angelegenheit Adenauer nicht von der FDP Vorschriften machen. Als ich nachher auf dem Krankenbett die Geschichte lesen mußte, habe ich nur gedacht: Wieweit ist die Partei gekommen, daß sie sich von der FDP in Personalien erster Ordnung Vorschriften machen läßt! Entweder ist sie eine Partei mit aller Klarheit und klarem politischen Wollen, oder – jetzt darf ich das ganz offen sagen – in diesem Falle sind wir ein Anhängsel der FDP.

Die Sache, die wir heute morgen besprechen, ist nicht eine Angelegenheit der Fraktion. Das ist eine Angelegenheit, in der die gesamte Partei mit gehört werden und mit entscheiden muß. Sie ist eine wichtige, vielleicht die wichtigste Entscheidung, Herr Bundeskanzler, seit 1949, als Sie und ich, die nicht immer denselben Weg gingen, nach der Wahl die Koalition mit der FDP unter anderen Persönlichkeiten für das einzig Richtige und für notwendig hielten. Wir haben gemeinsam diesen Kampf geführt.

Jetzt muß ich Ihnen aber auch folgendes sagen: Ich bin dem Herrn Kollegen Lücke und dem Freiherr zu Guttenberg dankbar, daß sie diesen Schritt getan haben. Es mußte doch etwas geschehen, meine verehrten Damen und Herren. Der Kollege Lücke hat in diesem Augenblick den Heiligen Geist bei sich gehabt. Er hat in diesem Augenblick die Überlegungen angestellt, die wir allgemein anzustellen verpflichtet sind. Meine Damen und Herren, wenn Sie mit der FDP in Koalition gehen und alle vier Monate den Leimpott wieder zur Hand nehmen müssen, dann wird das Vertrauen unserer Wählerschaft erst recht erschüttert sein. (*Zuruf:* In die Demokratie!) Und die Demokratie kommt dabei in größte Gefahr. Herr Bundeskanzler, glauben Sie, daß wir, wenn wir jetzt mit diesem Anhängsel FDP koalieren, dann über vier Monate hinwegkommen? Sind Sie davon überzeugt? (*Adenauer:* Nein!) Ich freue mich, daß wir uns in diesem Augenblick wieder treffen. Sie sind also davon überzeugt, daß wir alle Jahre dreimal in diese Schwierigkeiten hineinkommen.

Jetzt will ich mal ein ganz offenes Wort sagen: Herr Bundeskanzler, Sie sind mir zu schade dafür, daß Sie von anderen Leuten verheizt werden. Das will ich Ihnen sagen. Wir müssen den Leuten auch einmal sagen, wo die Grenze ist, die von uns in Personenfragen nicht überschritten werden kann.

Ich danke Herrn Lücke, ich danke Freiherr zu Guttenberg und allen denjenigen, die hier in dieser Angelegenheit eine andere Auffassung erarbeitet haben, als sie gang und gäbe ist.

Bezüglich des Wahlrechtes! Herr Etzel, erinnern Sie sich an den Vorschlag Ihres Schwagers[54], an das Grabensystem? Könnte man das nicht auch mit in die ganze Diskussion hineinwerfen? Aber das soll nur eine Nebenbemerkung sein.

Ich bin nicht der Auffassung des Kollegen Blank. Aber in dieser geschichtlich bedeutsamen Stunde der Partei sage ich Ihnen eines: Was Sie in der Fraktion beschlossen haben, das führen Sie gefälligst auch durch.

Wuermeling: Meine Damen und Herren! Ich komme sicher nicht in den Verdacht, ein besonderer Freund der SPD zu sein. Zunächst einmal von mir ein Wort des Dankes an die Kollegen Lücke und zu Guttenberg, daß sie den Mut und die innere Bereitschaft gehabt haben, in einer historischen Stunde einmal auf eigene Faust etwas zu tun, auch auf die Gefahr hin, daß manche Freunde sich wieder dagegenstellen. Die Herren haben am nächsten Tag – das möchte ich ausdrücklich feststellen – den Herrn Bundeskanzler als den Parteivorsitzenden unterrichtet. Mehr konnte man doch an Loyalität und Vertrauen nicht gut verlangen.

Nun zur Sache! Die Diskussion, die wir hier heute führen, ist keine Diskussion um Parteipolitik, sondern sie ist eine Diskussion um die Existenz unserer demokratischen Ordnung in der Zukunft. Es fiel das Wort von der Vertrauenskrise. Herr Bundeskanzler, darf ich sagen, ich finde den Ausdruck denkbar treffend für die Situation, nicht nur für die Dinge in Bonn; es ist vielmehr eine Vertrauenskrise da, von der Bevölkerung aus, in breitesten Schichten, gegenüber Bonn, gegenüber den Parteien, gegenüber dem Bundestag. (*Barzel:* Seien Sie vorsichtig!) Sehr weitgehend angekurbelt vom „Spiegel", das weiß ich. Aber hören Sie sich mal um. Ich komme gerade aus meinem Wahlkreis. (*Barzel:* Der Herr Bundeskanzler hat deswegen in der Fraktionssitzung eine ganz deutliche Rüge ausgesprochen. Deswegen sage ich, seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie sagen.) Meine persönliche Auffassung ist seit langem die: Die ganze Entwicklung liegt schon länger zurück als die „Spiegel"-Geschichte. Dieses Handeln mit einer solchen Gruppe sind die Leute leid. Für uns Ältere taucht hier die Erinnerung an die Weimarer Zeit und das Ende des Weimarer Systems auf, das durch den Parteienkuhhandel herbeigeführt worden ist. Wenn sich das bei uns nicht ändert, wird man zunächst nach einem noch stärkeren Adenauer und nachher nach einem de Gaulle rufen, der die Parteien an die Wand drückt und in irgendeiner Weise eine politische Führung herbeiführt.

Dann möchte ich etwas sagen, was mir sehr auf der Seele liegt. Ich bin erschrocken über den Hauptteil der Darlegungen, die mein Freund Blank gemacht hat. Er bestand

54 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1949–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 136 Anm. 18 und EBD. 2 S. 8 Anm. 24. – Zum Grabenwahlrecht vgl. PROTOKOLLE 2 S. 753–768; LANGE: Wahlrecht S. 637–700.

nämlich darin, doch zu erwägen, bei welchem Wahlrecht das für die CDU günstigste Ergebnis herauskomme. Ich frage mich, machen wir ein Wahlrecht für die Partei, oder machen wir es für den Staat? (*Zuruf:* Beide!) Natürlich sind wir alle überzeugt, daß es auch im Staatsinteresse liegt, wenn wir das Heft in der Hand behalten. Die Ergebnisse, die wir bei dem jetzigen Wahlrecht schon mit dieser einen Partei erleben, sollten uns aber doch zu denken geben. Ich bin der Überzeugung, wir müssen bereit sein, die Gefahr in Kauf zu nehmen, daß auch der andere einmal ans Ruder kommt, wenn das auf lange Sicht gesehen im Interesse des Staates liegt. Deswegen meine herzliche Bitte, den Gedanken des Kollegen Lücke fortzuführen.

Katzer: Herr Kollege Blank, ich stimme in der Sache nicht mit Ihnen überein. Das ist nichts Neues. Ich würde sagen, wir stehen im Grunde vor der Abwägung von zwei Risiken. Herr Kollege Blank meint, wenn wir die Koalition mit der SPD machen, werden unsere Chancen schlecht. Ich persönlich bin der Meinung, Herr Kollege Blank, wenn wir mit der FDP von Krise zu Krise gehen, wird unsere Position sowohl staatspolitisch sehr gefährlich als auch vom parteipolitischen Standpunkt her. Ich bin nicht der Meinung, daß es uns egal sein kann, wieviel Mandate die SPD bekommt. (*Wuermeling:* Das habe ich auch nicht gesagt!) Ich habe nicht behauptet, daß Sie es gesagt haben. Ich sage nur, ich bin der Meinung, daß uns das keineswegs egal sein kann. Solche Überlegungen müssen auch von uns angestellt werden. Ich glaube, niemand ist überglücklich, weder bei der einen noch bei der anderen Lösung. Es geht um die Abwägung der Vor- und Nachteile. Wir müssen aber auch die praktische Arbeit der Fraktion sehen. Ich will hier nicht einmal von den großen staatspolitischen Fragen reden, in denen keine Einigung zu bekommen ist. In vielen kleinen Fragen werden Verabredungen mit uns getroffen, die man morgen nicht mehr anerkennt. Damit ist eine praktische Arbeit nicht möglich. Das sollte man auch in Erwägung ziehen.

Hier ist das Wort gefallen, bei einer Koalition mit der SPD könne man das „C" klein schreiben. Ich möchte nicht, daß wir da falsche Vorstellungen haben; es wird nicht kleiner als bei der Koalition mit der FDP geschrieben.

Ich kann Herrn Kollegen Schmücker nur zum Teil verstehen, wenn er Herrn Lücke Vorwürfe macht. (*Schmücker:* Nein! Herrn Bundeskanzler habe ich Vorwürfe gemacht!) Ich würde sagen, Herr Kollege Schmücker, dem Sinne unseres Fraktionsbeschlusses nach hat der Kollege Lücke absolut richtig gehandelt, und da verdient er Dank. Wenn man allein den anderen Weg gegangen wäre, Herr Kollege Schmücker, dann weiß ich nicht, ob es nicht am Ende so gekommen wäre, daß die Kommission gesagt hätte: Wir sind mit der FDP einig, und damit ist der Fall erledigt. Der Auftrag der Fraktion lautete allerdings anders. Er ging dahin, mit beiden zu verhandeln. Der Fehler ist, daß das nicht über den Weg der gewählten Kommission gelaufen ist. Darin stimme ich mit Ihnen überein. Deswegen sagte ich nur, daß vom Inhalt her Herr Lücke durchaus dem entsprochen hat, was der Wille der Fraktion war. – Ich bin der Meinung, daß die Verhandlungen mit der SPD und der FDP tunlichst nicht morgen und übermorgen, sondern wenn es zeitlich irgend angeht am gleichen Tag geführt werden sollen.

Hellwig: Ich möchte nur einige Bemerkungen machen und einen Beitrag zur kritischen Betrachtung der Situation leisten. Wenn man von draußen kommt, ist man etwas überrascht, daß die Zielrichtung bei der Suche nach einer Lösung dieser Vertrauenskrise so stark das Wahlrecht ist und nicht andere in der Schwebe befindliche Fragen, die – aus der Sicht von draußen – seit langem in den Bonner Amtsstuben zu jener Haltung führen, die wir als Attentismus bezeichnen. Ich glaube, daß man ganz deutlich sagen muß: Wahlrechtsänderung ist keine Antwort auf die anderen Fragen, die in der Schwebe bleiben. Herr Bundeskanzler, Sie haben den Zeitungsartikel mit diesem merkwürdigen Interview zitiert und darauf hingewiesen, daß im Grunde genommen die größten personellen Fragen in den kommenden Jahren in der Schwebe bleiben.

Ich bin absolut ein Anhänger des Zweiparteiensystems und eines Wahlrechts bzw. einer Wahlrechtsänderung, die dahin führt. Was wir hören, läßt mich aber noch keine Antwort auf die Frage finden, ob dieser Preis, ein Wahlrechtsziel zu erreichen, ausreicht für das, was uns sonst noch mit dieser Koalition zugemutet wird.

Ich darf auf folgende Dinge aufmerksam machen: Es handelt sich nicht nur um eine Änderung des Wahlrechtes, sondern – das ist in einem kleinen Satz nebenher erwähnt worden – es ist ein besonderes Gesetz zur Änderung der Wahlkreise notwendig. Die Wahlkreise müssen geändert werden. Das Ergebnis der Wahlkreisänderung wird natürlich sein, daß die Rechnung, die Herr Blank vorgetragen hat, noch viel, viel größer und einseitiger zur anderen Seite hingeht.

Man kann sagen: Das ist eine parteipolitische Betrachtung. Dann muß ich umgekehrt fragen: Welche Gewähr würde gegeben sein, daß diese Wahlrechtsänderung auch nach der Bundestagswahl 1965 noch bestehen bleibt? Ist es möglich, diese Wahlrechtsänderung in das Grundgesetz hineinzubringen? – Sie nicken. Da hängt der Bundesrat mit drin. Ich darf an das Hindernis erinnern, als es damals um das Grabensystem ging. Dort folgte uns der Bundesrat nicht. Was würde geschehen, wenn die FDP bei ihrem Widerspruch gegen eine Wahlrechtsänderung den Hebel auf der Landesebene ansetzte, um in den Bundesrat hineinzuwirken?

Es muß auf dieser Linie mit den Sozialdemokraten weiter gesprochen werden und eine eindeutige Linie erreicht werden, damit auch der Bundesrat folgt, zumal auch auf den Gebieten, die hier in einer Art Koalitionsprogramm – siehe Finanzverfassungsänderung usw. – angesprochen werden. Ich möchte also meinen, daß hinsichtlich der Wahlrechtsreform nur ein Wechsel präsentiert wird, bei dem wir noch nicht übersehen, ob er auch eingelöst wird, soweit es sich um die Mitwirkung der Länder im Bundesrat bei einer Verankerung im Grundgesetz handelt. Das sind zwei wesentliche Bedingungen. Nur wenn hinsichtlich beider Fragen eine klare Zusage vorliegt, kann weiter verhandelt werden. Nur dann ist der Kaufpreis erträglich. Täuschen Sie sich nicht, eine Stabilität selbst dieser Regierung bis zur Wahl 1965 ist damit noch nicht erreicht. Die eigentlichen Dinge, die ich angedeutet habe, werden auch in dieser Koalition von den Koalitionspartnern zu gegebener Zeit immer wieder hochgespielt werden. Ich erinnere hier an das zynische Wort, daß die Koalition die raffinierteste Form der Bekämpfung des Gegners ist.

Noch eine grundsätzliche staatspolitische Überlegung zu den vorhergehenden Ausführungen. Ich warne vor der Kopierung des österreichischen Proporzsystems, weil es zu einer völligen Lähmung der politischen Entscheidungsmöglichkeiten führt. In unserer politischen Situation ist eine Lähmung, wie sie in Österreich heute zu verspüren ist, einfach tödlich.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich befinde mich in einer etwas schwierigen Situation. In den vorhergehenden Ausführungen ist etwas angeklungen, was mich veranlaßt, auf zwei Bemerkungen, auf die ich mich vorbereitet hatte, zu verzichten.

Ausgangspunkt ist doch die Bewältigung einer Regierungskrise. Dazu gibt es vier Möglichkeiten, doch darüber will ich jetzt nichts sagen. Ich will nicht sagen, was für und gegen diese Möglichkeiten spricht. Darüber werden wir in der Fraktion verhandeln. Ich möchte mir nur erlauben, auf zwei oder drei Konsequenzen hinzuweisen, die in der seitherigen Diskussion schon angeklungen sind, am stärksten in der Bemerkung unseres Freundes Barzel, aber auch sonst.

Ich gehöre – es heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen, wenn ich das sage – nicht zu denen, die wie mancher unserer Freunde in den vergangenen zehn Jahren eine Koalition mit der SPD von unseren Fundamenten und Prinzipien aus schlechthin für unmöglich und undenkbar erklärt haben. Man hat mich manchmal deswegen für so etwas wie einen stillen Hochverräter gehalten, wenn ich mir gelegentlich meine Gedanken gemacht und den Kopf zerbrochen habe, ob und wie man in dieser Richtung vielleicht innerhalb dieser Partei denken dürfe. Schon das Denken stand hier unter einem Tabu. Manche, die damals so gedacht haben, sind jetzt in einen Zustand der tätigen Buße und Reue eingetreten. Ich habe da ein Dokument von Bausch[55] gelesen, bezüglich dessen ich ganz und gar anderer Meinung bin. Ich will auch nicht deshalb, weil ich von der Buße spreche, den sittlichen Gehalt dieses Wortes irgendwie lächerlich machen.

Es gibt nun, abgesehen von den Möglichkeiten, vor denen wir nun nach wie vor stehen, selbstverständlich auch die Möglichkeit der Koalition mit der SPD – übrigens auch als taktische Notwendigkeit. (*Zuruf:* Das hat niemand bezweifelt!) Wir haben diese taktische Möglichkeit und Notwendigkeit auch heute noch in vollem Umfange. Ich meine nur, wenn man bei der SPD jetzt, heute und morgen, etwas erreichen will, dann darf es nicht so aussehen, als ob wir bei unseren Überlegungen nur taktische Kniffe anwendeten. *(Beifall.)* Ich habe gestern abend mit Herrn Ollenhauer ein langes Gespräch gehabt. In diesem Gespräch habe ich ganz deutlich gehört: Was habt ihr eigentlich vor? Wollt ihr bloß eine taktische Situation herbeiführen, um damit der FDP Angst zu machen, um die FDP um so braver zu stimmen? Oder habt ihr wirklich etwas im Sinn? <Diese Frage klang in dem Gespräch mit Ollenhauer ganz deutlich durch. Ich

55 Paul Bausch (1895–1981), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 12 Anm. 41. – Denkschrift Bauschs vom 27. November 1962 zitiert in DERS.: Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten. Korntal 1969 S. 238 f.

würde dafür plädieren, daß – nachdem wir nun soweit diskutieren – vermieden wird, daß die SPD als möglicher Koalitionspartner den Eindruck hat: Moment mal, das ist alles unecht, das ist alles uneigentlich, das ist nur eine taktische Finte. Dieser Eindruck sollte vermieden werden. Ich verstehe das Gespräch an diesem Tisch so, daß echt nach Möglichkeiten gefragt wird, echt die Möglichkeit geprüft wird: Koalition mit der SPD – ja oder nein?

Eine Sache ist mir aufgefallen. Ein Gedanke, der in der SPD nach meiner Überzeugung in den letzten Wochen und Monaten immer wieder proklamiert wurde, der auch gestern in dem Gespräch zwischen Ollenhauer und mir sehr deutlich hervorkam, ist heute an diesem Tisch noch nicht einmal angeklungen: der Gedanke einer Allparteienkoalition, wenn auch nur für begrenzte Zeit. Ich würde es für interessant halten, wenn sich dieser Parteivorstand – wenigstens kurz – damit befassen würde und sagen würde: Nein, das wollen wir ausscheiden,>[56] das ist für uns nicht interessant. *(Zurufe.)* Man hat entweder die Wahl zwischen einer Allparteienkoalition oder dem Mehrheitswahlrecht bzw. einer Revision des bestehenden Wahlrechtes. Entweder oder – beides zusammen geht nicht. Man wird sich aus einem materiellen Grund, nämlich der Wahlrechtsreform, gegen die auch nur zeitweilige Allparteienkoalition aussprechen müssen. Habe ich das richtig verstanden? *(Zustimmung.)* Ich wollte das nur der Vollständigkeit halber geklärt haben. Der Herr Bundeskanzler muß doch, wenn er der SPD begegnet, ihr sagen können, daß innerhalb seines Parteivorstandes für diesen Gedanken – der Allparteienkoalition – überhaupt kein Interesse besteht, ja, daß sogar eine ausgesprochene Abneigung besteht. Er braucht nicht den sachlichen Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform zu betonen. Er muß sagen: Das ist einhellig abgelehnt worden.

< > [s.o.]

Das ist nämlich notwendig zur Bereinigung der Gesprächssituation.

Aber die andere Frage der Koalition mit der SPD! Ich will nicht alles, was dazu zu sagen ist, jetzt behandeln, sondern nur zwei Punkte herausgreifen. Ich glaube, daß nicht nur die Fraktion, sondern auch die Partei es interessieren muß, etwas wenigstens über die allgemeinen Grundsätze und Bedingungen einer Koalition mit der SPD zu hören, und zwar nicht der formellen, sondern der materiellen Bedingungen. Wir haben immer über Wahlrechtsreform gesprochen. Ich bin der Meinung, daß noch etwas anderes dazu gehört, nämlich eine Verständigung mit dem Koalitionspartner darüber, was das in unserer Verfassung festgelegte Verfassungsziel des sozialen Rechtsstaates denn eigentlich besagt. Ich warne davor, sich das Leben jetzt leichtzumachen, daß man darüber einfach so hinweggeht. Diese Frage ist wichtig. Es ist von integraler Bedeutung, wenn Sie mit der SPD nicht nur vier Wochen koalieren wollen, sondern eine Sache eingehen möchten, die auf die Dauer – jedenfalls bis 1965 – hält, daß Sie über diesen Begriff nicht einfach mit der Berufung auf das Grundgesetz hinweggehen, sondern daß Sie ihn in materialer Interpretation wenigstens

56 Textpassage, die gleichen Wortlauts im Original wiederholt ist (s.u. S. 390).

im Rahmen von Koalitionsverhandlungen behandeln. Tun Sie das nicht, dann werden Sie nachher noch viel, viel mehr als bei der FDP enttäuscht sein. Die Berufung auf den Verfassungsauftrag genügt nicht. Es muß eine materielle praktikable Definition versucht werden, und das wird dann nach meiner Überzeugung schwierig sein. Ich sage nur: Es gehört dazu neben der Wahlrechtsreform.

Dann eine Bemerkung, die mir eigentlich am entscheidendsten zu sein scheint. In dem Votum des Herrn Kollegen Wuermeling und einiger anderer unserer Freunde fällt mir auf, daß sie der Meinung sind, die Enttäuschung mit der FDP habe uns klar gezeigt, welche Risiken in einer solchen Koalition liegen. Ich sage Ihnen, das sind Risiken, die wir einigermaßen kennen. Die Risiken, die in einer CDU-SPD-Koalition liegen, sind sehr viel schwieriger kalkulierbar als die Risiken einer Koalition mit der FDP. *(Beifall.)* Darüber muß man sich klar sein. Ich als ein Mann, der unablässig das Offensein auch für eine Koalition mit der SPD vertreten hat und es weiter vertritt, mache aus Pflichtbewußtsein darauf aufmerksam, daß nach meiner Überzeugung das Risiko einer Koalition mit der SPD schwerer kalkulierbar ist als das einer Koalition mit der FDP. Das gilt auch heute.

Der Kern, um den es sich handelt, ist für uns folgender: Wir wollen ja auf das Zweiparteiensystem hinaus. Dazu wollen wir eine Wahlrechtsreform machen. Damit stehen wir aber vor der Frage: Wie und mit welchen Methoden beutet eigentlich eine Partei, die unter christlicher Flagge segelt, das sozialistische Wählerpotential am stärksten aus? Man kann das dadurch erreichen, daß man mit seiner christlichen Visitenkarte und einer christlichen Norm – das „C" ist ja eine christliche Norm – in seinem Verhalten vor die Wähler tritt und sagt: „Wählt uns", oder dadurch, daß man sagt: „Wir sind ein loyaler Interessenausgleichsverband; alle, die nicht sozialistisch wählen wollen, können uns guten Gewissens wählen. Wir haben Platz für Juden, Christenheit und alle anderen. Wir werden eine Politik machen, die der Vernunft entspricht und sicher nicht sozialistisch ist." Wenn das im wesentlichen alles ist, mit dem wir dann vor die Wähler treten im Kampf mit der einzigen anderen dann noch existierenden Partei, fürchte ich, daß das, was daraus aus der CDU wird, ein ganz, ganz schwieriges Unternehmen wird. Die CDU, die daraus hervorgehen wird, wird auf die Dauer etwas anderes sein als der Gesinnungsverband, der wir seither gewesen sind und an dem ich bei aller kritischen Reflexion über unsere Grundlagen festzuhalten wünsche. *(Beifall.)* Das sage ich ganz klipp und klar und deutlich.

Ich habe über die damit zusammenhängenden Fragen kürzlich erst in Rom mit einem Kardinal gesprochen.[57] Er sagte mir, er habe auch manche Bedenken hinsichtlich der politischen Praxis von Katholiken, die bis vor einigen Jahren eigentlich ganz treu zu uns gestanden hätten. Diese Randreflexionen sind offenbar bis nach Rom gedrungen. Ich fand das sehr erfreulich. Wir können daran sehen, daß eine echte Teilnahme nicht nur an Deutschland, sondern auch an der Abteilung „CDU" in Deutschland vorhanden ist. Im evangelischen Teil der Bevölkerung gibt es einfach

57 Vom 29. November bis 1. Dezember 1962. Tageskalender in ACDP I-210-031.

eine ganz große und beträchtliche Gruppe, die nicht bereit ist, uns qua CDU zu wählen, die auch nicht sozialistisch ist. Für diese Leute war die FDP nicht eine geliebte, nicht eine heißgeliebte, aber eine Ausweichmöglichkeit, die ihr sozusagen das Gesicht vor sich selber gelassen hat. Sie hat sie gewählt in der Erwartung, daß diese so zustande gekommene kleine Kräftegruppe oben in der Regierung wieder zum allgemeinen Wohl des deutschen Volkes und gegen die Sozialisten gerichtet eingefangen und zum Tragen gebracht wird. Das kann ein Irrtum sein.

Das bedeutet aber folgendes: Das kann gutgehen, wenn die CDU ohnehin die absolute Mehrheit hat. Das wird ganz schwierig, wenn sie das nicht hat und dann in die Fänge einer solchen Gruppe kommt. Das ist alles drin. Die Frage lautet also: Wie kann man das nichtsozialistische Wählerreservoir am vollständigsten ausbeuten? Indem wir allein antreten oder indem wir eine Nebenpartei haben, mit der wir dann auf Dauer koalieren können? Darüber, welche Komplikationen es für die Gestaltung der CDU bedeutet, wenn wir als einzige nichtsozialistische Gruppe antreten, sollte sich auch jeder klar sein. Es ist unsere Pflicht zu sagen, daß wir mit dem, was wir heute tun, eine lange, lange Entwicklung einleiten.

Dabei werden wir uns mit der Frage auseinanderzusetzen haben, die Herr Hellwig angesprochen hat, ob dabei in Deutschland nicht schließlich und endlich das österreichische Modell zustande kommt. Ich würde dringend empfehlen, darüber ganz ernsthaft und still nachzudenken. Wir haben bis jetzt eine Distanz, eine Differenz zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten im Bundestag. Die Nichtsozialisten haben die entscheidenden Grundlagen geschaffen und die entscheidende Gestaltung dieses Staates vollbracht, und zwar auf der Grundlage einer Differenz von mindestens 10 bis 30 %, die sie mehr als die Sozialisten hatten.

Ich möchte hier auch keinen unziemlichen Verdacht gegen Herbert Wehner aussprechen. Ich habe mich nie an dem Krampf beteiligt, daß er ein ganz ausgemachter kommunistischer Schurke im Lammfell sei. Dieses dumme Zeug vom Wolf im Schafspelz usw. habe ich niemals mitgemacht. Es ist aber nicht nur erlaubt, sondern es ist unsere Pflicht, den Gedanken und Windungen im Gehirn von Wehner nachzugehen und sich zu überlegen: Wie kommt er zu dieser Konzilianz? Bei allem Respekt vor dem ungewöhnlichen Charme von Herrn Lücke und von Guttenberg, es wird nicht bloß ihr Charme gewesen sein. Er hat sich wohl ausgerechnet, welchen Nutzen seine Partei aus der Sache haben wird. Der Nutzen wird in einer Reduktion der großen Differenz von 10 bis 30 % auf eine Differenz von maximal 2 bis 6 % liegen.

Dann wurde das österreichische Modell angeführt. Ob das eine Hilfe ist, möchte ich bezweifeln. (*Lücke:* Nein, Österreich hat doch kein Mehrheitswahlrecht! – *Weiterer Zuruf:* Mit dem Mehrheitswahlrecht!) Mehrheitswahlrecht ist einstweilen eine Vokabel. Wenn man sich unter dieser Sache etwas Präzises vorstellen soll, müssen wir präzise darüber reden. Solange das nicht der Fall ist, kann ich nur sagen: Gehen Sie den Überlegungen von Wehner nach, und Sie werden verstehen, warum er mit dieser Konzilianz auf diese Lösung eingeht und sich die außerordentlichen Schwierigkeiten auch mit dem Bundeskanzler – mindestens einem Kanzler als Übergangskanzler –

macht. Wenn er das tut, muß doch für sein Kalkül etwas drinstecken. Wegen dieses Kalküls würde ich empfehlen, doch noch ein bißchen nachzudenken.

Von Brentano: Zunächst möchte ich, ohne kontrovers zu werden, das unterstreichen, was der Kollege Barzel gesagt hat: Wir können hier nicht zu mehr kommen als zu der Erklärung, die die Fraktion gefaßt hat: Verhandlungen nach beiden Seiten. Ich würde dringend bitten, die Fraktion in keiner Weise zu präjudizieren. Ich will nicht davon sprechen, daß es eine selbstverständliche Verpflichtung des Parteivorstandes ist, sich mit dieser politisch wichtigen Entscheidung zu beschäftigen. Ich will aber daran erinnern, daß natürlich die Entscheidung über die Durchführung bei der Fraktion liegt. Wir würden bei der Fraktion wahrscheinlich – berechtigte oder unberechtigte – Ressentiments wecken, wenn wir sie jetzt vor ein Fait accompli, vor eine Entscheidung stellten, die im Vorstand getroffen worden ist. Wir bestätigen: Koalitionsverhandlungen, so wie die Fraktion es gesagt hat, ohne Bindung nach der einen oder anderen Seite.

Die Verhandlungen sind von der Kommission, die die Fraktion bestimmt hat, zusammen mit dem Herrn Bundeskanzler geführt worden. Herr Schmücker hat – ich glaube, nicht ganz zu Unrecht – darauf hingewiesen, daß es doch gut gewesen wäre, wenn die Kommission informiert worden wäre, bevor sie die Gespräche mit der FDP führte. Aber ich möchte loyal genug sein und an folgendes erinnern: In der Vorstandssitzung vom vergangenen Mittwoch[58] – es war wohl der 28. – habe ich ausdrücklich auf Zeitungsnachrichten verwiesen und gesagt, wir hören, daß auch Gespräche mit der SPD geführt würden. Ich stelle nur fest – darauf habe ich Wert gelegt –, es ist kein Mitglied des Vorstandes, das solche Gespräche führt. Daraufhin wurden keine Fragen gestellt und keine Erklärungen abgegeben. (*Zuruf:* Hört! Hört! – *Weitere Zurufe.*) Es ist davon gesprochen worden, daß solche Gespräche geführt würden, aber nicht im Auftrag der Fraktion und nicht nach Information der Kommission. Ich muß ganz offen sagen, ich halte es für selbstverständlich, daß für die Fraktion nur die von der Fraktion bestimmte Kommission sprechen kann. Ich glaube nicht, daß wir das Recht haben, irgendeinem Mitglied der Fraktion zu verbieten, ein Gespräch mit einem anderen Abgeordneten zu führen. Das ist nicht möglich. Deswegen haben wir kein Recht, die anderen zu kritisieren, die es getan haben. Wir können fragen, ob sie uns zu weit gegangen sind. Wir können nicht kritisieren, daß sie es getan haben.

Nun zu der Frage der Koalition! Ich bin in der Tat sehr skeptisch, ob wir mit dieser FDP noch eine lebens- und arbeitsfähige Koalition gründen können. Die Erfahrungen, die wir hatten, sind schlecht, und auch das erste Gespräch im Bundeskanzleramt, an dem ich teilnahm, hatte mich nicht überzeugen können, daß die Situation besser geworden sei. Ich möchte allerdings auch etwas Wasser in den Wein gießen und das unterstreichen, was heute auch schon gesagt worden ist: Die Voraussetzungen dafür,

58 Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstands nicht vorhanden; Tagesordnung, Anwesenheitsliste und Notizen Rösings in ACDP VII-001-1503/4.

daß unsere Zusammenarbeit mit der SPD nun wirklich besser würde, sind noch nicht – in keiner Weise – bewiesen.

Trotzdem bin ich persönlich der Meinung – ohne in irgendeiner Weise vorzugreifen, insbesondere nicht der Fraktion –, daß wir diese Verhandlungen mit der SPD führen sollten. Ich glaube, es ist in der Tat hier eine politische Chance gegeben, die wir nicht auslassen dürfen. Ich sehe diese politische Chance in der Entscheidung über das Wahlrecht. Ich bin auch nicht der Meinung, daß das Wahlrecht ein Allheilmittel ist. Ich bin wohl der Auffassung, daß das Proportionalsystem bisher alle Demokratien an den Rand des Abgrundes geführt hat. Deswegen sollten wir den Versuch machen, mit einem echten Mehrheitswahlrecht diese Gefahr abzufangen.

Es ist vorhin gesagt worden: Österreichisches System! Ich würde ein österreichisches System radikal ablehnen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Aber wir wollen diese Koalition nur gründen, um das Wahlrecht zu ändern und dann 1965 aufgrund des neuen Wahlrechtes zu wählen, um zu erreichen, daß dann klare Mehrheiten und Minderheiten da sind.

Man wird mir sagen – ich nehme diese Einwendungen sehr ernst, auch das, was Herr Blank gesagt hat –, niemand wisse, wie ein solches Wahlrecht sich für die CDU/CSU auswirken wird. Das hängt weitgehend nicht nur von der politischen Entwicklung, sondern auch von der Einteilung der Wahlkreise ab.

Auf der anderen Seite sollten wir uns klar sein: Wenn die Koalition, die wir jetzt haben, nichts anderes sein wird als bisher – und es besteht eine gewisse Gefahr, daß wir von einer Krise zur anderen kommen –, dann werden wir auch mit dem Proportionalsystem die nächste Wahl mit und ohne Wahlkampf radikal verlieren. Das ist eine Gefahr, die wir auch sehen müssen.

Deswegen ist ein ernsthaftes Gespräch über eine Koalition auf Zeit mit bestimmten ganz klaren Vereinbarungen insbesondere auch über die, wie ich meine, unerläßliche verfassungsrechtliche Zementierung des Wahlrechtes notwendig. Ich mache kein Hehl daraus – ich glaube, das ist hier mit Recht gesagt worden –, es wird in der Fraktion der SPD, wie ich überzeugt bin, Gegner dieses Wahlrechtes geben, und das Wahlrecht wird die geschlossene Gegnerschaft der FDP finden. Wir müssen auch damit rechnen – wir wären töricht, wenn wir dies nicht sehen würden –, daß auch in der eigenen Fraktion sich – sei es aus mehr oder weniger egoistischen Erwägungen oder aus grundsätzlichen Erwägungen – eine ganze Reihe von Kollegen gegen dieses Wahlrecht wenden werden.

Deswegen sollten wir diese Koalition mit der SPD nicht nur in Rosa malen oder die andere mit der FDP nicht nur in Schwarz. Ich persönlich votiere dafür, daß wir uns frei machen für ernsthafte rasche Verhandlungen mit der SPD – ungefähr auf der uns gezeigten Grundlage – unter loyaler Unterrichtung der FDP und unter Fortsetzung der Gespräche mit der FDP. Das sind dann keine zweigleisigen Verhandlungen, sondern das, was die Fraktion beschlossen hat und was in der Situation begründet liegt. Wir können nicht die Verhandlungen mit einer Partei weiterführen und vielleicht scheitern lassen und dann mit der anderen sprechen. Dann haben wir jede Aktionsfreiheit

verloren. Wir sollten loyal und offen sagen: Wir verhandeln über eine regierungsfähige Mehrheit mit beiden Gruppen. Dann sollten wir bis Ende der Woche vielleicht dem Vorstand noch einmal berichten. Länger können wir uns nicht Zeit lassen. Der Herr Bundeskanzler hat ja heute zum erstenmal selber – ich glaube, mit Recht – von der tiefgehenden Vertrauenskrise gesprochen. Diese Vertrauenskrise nimmt stündlich zu. Man kann nicht weiter zusehen, wie die Regierung nicht aktionsfähig ist. Das nimmt man uns draußen nicht mehr ab. Das geht wohl jedem so, der rauskommt. Die Dinge in der Welt entwickeln sich weiter ohne uns. Man spricht in Deutschland über alles außer über die weltpolitischen Ereignisse. Die ersten Seiten unserer Zeitungen sind gefüllt mit Berichten über Regierungskrise, „Spiegel"-Affäre, Verhandlungen usw.

Wir sollten uns einen Fahrplan machen, um sicherzustellen, daß am Ende dieser Woche eine Entscheidung steht, daß eine neue regierungsfähige Mehrheit, ein aktionsfähiges Parlament vorhanden ist.

Gurk: Meine Damen und Herren, die Zeit gebietet, sich kurz zu fassen. Ich will die Stimmen derer vermehren, die dafür sind, daß ernsthaft nach zwei Richtungen – nicht nur nach der einen Richtung hin – verhandelt wird. Vom Lande aus und von den Ländern aus ist es unfaßbar, was die FDP in Bonn für ein Verein ist. Sie ist in den Ländern soweit regierungsfähig. In Bonn ist sie offenbar nicht regierungsfähig. Das muß man mal klar herausstellen.

Ich hätte eine Bitte – das möchte ich zwischenrein sagen –, meine Freunde, entschuldigen Sie das starke Wort. Eine solche Lausbuberei, daß man sagt, man setzt sich mit unserem Freund Strauß nicht an einen Tisch, muß irgendwie auch eine Begründung, eine Ursache haben: Vielleicht in nicht genügendem Zusammenhalten, nicht genügendem Kraftbewußtsein der Bonner Kollegen. Das müssen Sie sich mal überlegen, ob das nicht in uns selber eine Begründung hat. Für mein Empfinden hätte in diesem Falle, auf eine solche Erklärung hin, nicht an zwei getrennten Tischen und in zwei getrennten Zimmern gegessen werden dürfen. *(Zustimmung.)* Meine lieben Freunde, nehmen Sie sich das ernsthaft zu Herzen: Sind Sie in Bonn ein verschworener Kreis, der Kraft ausstrahlt, oder sind Sie es nicht? Soweit darf es nicht mehr kommen, ob nun Strauß oder irgendein anderer in einer solchen Weise attackiert wird. Dann heißt es: Schluß ohne Rücksicht auf Verluste.

Im übrigen ist klar: Politisch ist sicher mit der SPD besser zurechtzukommen als mit der FDP, einem führerlosen Verein – wenigstens in Bonn, im Lande draußen nicht. Daß die SPD Machtabsichten hat, ist ebenso klar gesehen worden.

Ich danke sowohl unseren Freunden Lücke und Guttenberg, aber auch unserem Freunde Blank für seine berechtigten Erwägungen. Nochmals, meine lieben Freunde: Strahlen Sie doch in Bonn – das können Sie – Kraft aus, und haben Sie den Mut zu einem harten Strich, wenn solche Beleidigungen wieder vorkommen wie im Falle Strauß.

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten deshalb heute eingeladen worden sind, damit sie hier etwas sagen.

Ich selber habe in der letzten Legislaturperiode an der Saar eine Koalition mit der SPD gehabt. Ich habe sie nach den Wahlen im Jahre 1960 aufgegeben und eine Koalition mit der FDP beschlossen, und zwar mit einer so schwachen Mehrheit, daß in meinem Parlament alles immer an einer Stimme hängt.[59] Wir haben nur eine einzige Stimme mehr als die Hälfte. Ich bin nach langen Überlegungen und sehr schwerer Prüfung in diese Koalition mit der FDP hineingegangen und habe die Koalition mit der SPD aufgegeben. Ich habe aber die neue Koalition erst dann geschlossen, als der letzte Mann in meiner Fraktion und der letzte Mann in meinem Vorstand von der Richtigkeit dieser Koalition überzeugt war und ich auf jede Stimme in meiner eigenen Partei rechnen konnte. Der Landesvorsitzende der FDP bei uns ist sicher nicht besser als der der Bundes-FDP in Bonn. Es ist bei uns Dr. Heinrich Schneider[60]. Er ist bei uns die 26. Stimme, und ich muß jedesmal mit ihm rechnen. Wenn jemand damals bei unseren Koalitionsverhandlungen auf der Seite der FDP oder auf unserer eigenen Seite auf die Idee gekommen wäre zu verlangen, ich sollte dabei auf bestimmte Minister verzichten oder ich sollte Ministerpräsident auf Zeit werden, dann – das darf ich Ihnen sagen – hätte mein Landesparteivorstand und meine Fraktion einen solchen Mann ins Irrenhaus verwiesen. Nur dann, wenn der Partner weiß, daß er mit solchen Dingen bei dem Größeren keinen Erfolg haben kann, ist überhaupt mit ihm eine Koalition zu führen.

Das Unglück hier in Bonn beruht nach unserer Auffassung draußen im Lande auf der Tatsache, daß man innerhalb der CDU und innerhalb unserer entscheidenden Führungsgremien nicht mehr einig genug ist, um mit einem Partner fertig zu werden. Hier stellt sich doch die Frage: Wenn ich schon aus meiner eigenen Situation heraus mit einem kleineren Partner nicht fertig werde, wie soll ich es dann mit einem größeren? Der Vergleich mit der ewigen Benutzung des Leimpotts, von dem Freund Albers sprach, muß zunächst einmal auf die Arbeit innerhalb der CDU bezogen werden, bevor man ihn von da aus auf den Koalitionspartner überträgt.

Ich bin mit Herrn Gurk der Meinung, daß wir unter uns einig sein sollten, damit nach draußen evident wird, daß man mit der CDU nicht machen kann, was man will. Man kann nicht alles von uns verlangen und glauben, bei irgend jemand in der CDU werde es schon Anklang finden. Wenn dieser Gedanke aus der Öffentlichkeit verschwunden ist, dann werden wir mit jedem Koalitionspartner fertig. Ich halte den gegenwärtigen Zustand der Bundes-CDU für vielleicht eben ausreichend, um mit einem kleinen Partner, der FDP, fertig zu werden, aber nicht, um mit einem großen – der SPD.

---

59 Ergebnis der Landtagswahl am 4. Dezember 1960 im Saarland: CDU 36,6 % (19 Sitze), SPD 30,0 % (16), DPS 13,8 % (7), SVP 11,4 % (6), DDU 2,6 % (2). Franz Josef Röder (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und DPS (ab 1964 Namensänderung in FDP/DPS). FISCHER 2 S. 1061 f.

60 Dr. Heinrich Schneider (1907–1974), 1955–1965 MdL Saarland (DPS/FDP), 1957–1965 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 346 Anm. 31.

Strauß: Meine Damen und Herren! Da es sich um eine Frage handelt, die Gegenwart und vor allem Zukunft der Union in stärkster Weise betrifft, bitte ich um Verständnis, wenn ich eine Meinung dazu äußere.

Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler und einigen anderen Rednern insofern recht geben, als nach dem ganzen Gang der Dinge – auch nach dem, was man dahinter vermuten kann – Verhandlungen mit der FDP allein nicht mehr ratsam sind. Wir waren zunächst von der Voraussetzung ausgegangen bei der Analyse der Dinge, daß eine große Koalition im Augenblick nicht möglich ist. Es ist von einem Herrn dieses Kreises gesagt worden: „Die Sozialdemokraten müßten Tinte gesoffen haben" – so heißt es wörtlich –, „wenn sie jetzt an eine große Koalition denken würden." Eine Minderheitsregierung ist aus einer Reihe von Gründen nicht möglich. So blieb also nur die Koalition mit der FDP.

Jetzt bietet sich aber eine Möglichkeit, mit der SPD zu verhandeln. Die Grundlage liegt ja in dem Fraktionsbeschluß vor, nach beiden Seiten hin zu verhandeln. Ich halte es nicht für voll ausgeschlossen, wenn auch nicht für wahrscheinlich, aber für möglich, daß bei der FDP sich Änderungen ergeben können, wenn sie den Ernst der Situation und die Folgen dessen bemerkt, was nunmehr durch die Gespräche Lücke, Guttenberg usw. in greifbare, von uns bisher nicht geglaubte Nähe gerückt ist.

Ich möchte aber zu den Folgen einer großen Koalition einiges sagen. Wir können mit Sicherheit damit rechnen, daß es bei unserer Wählerschaft eine große Erschütterung gibt. Ich kann mich einer Auffassung einfach nicht anschließen – ohne persönlich unfair werden zu wollen –, daß ich nunmehr statt an den Kinderschreck Wehner auf einmal an den großen Heroen der Demokratie glauben soll. *(Beifall.)* Die Reihenfolge würde dann so aussehen: 1957 war die SPD der Untergang Deutschlands, 1962 ist sie die Rettung Deutschlands; infolge der Initiative von Wehner wird sie 1965 mehr oder weniger die Zukunft Deutschlands sein. Ich habe das Bild von Wehner im Wahlkampf 1957 nicht vergessen. Dort marschierte er zusammen mit dem Arbeitersportverein Leipzig „Rote Lokomotive" gemeinsam hinter einer roten Fahne. Ich kann das nicht ohne weiteres vergessen. So einfach kann man die Dinge nicht nach Belieben darstellen; weil Wehner ein praktikabler Gesprächspartner ist, ist er auf einmal der Mann, mit dem wir die deutsche Demokratie retten, der große zuverlässige vertrauenswürdige Mann. Mag sein, daß wir Wehner in diesem oder jenem Unrecht getan haben. Für mich ist jemand mit dieser Moskauer Vergangenheit deswegen, weil er eine große Koalition anbietet, noch lange nicht eine Garantie für die Demokratie in Deutschland. Wehner ist auch sicherlich einer derjenigen gewesen, die seinerzeit den Deutschland-Plan der SPD[61] maßgebend beeinflußt haben. Wohin dieser Plan geführt hätte, braucht nicht dargelegt zu werden. Die Frage ist: Wann kommt wieder eine Situation, wo die SPD nicht mehr pro NATO und für den Zusammenschluß mit dem Westen sein wird, und in welchem Verhältnis stehen wir dann dieser SPD gegenüber, wenn wir aufgehört haben, in der Wählerschaft für Klarheit zu sorgen?

61 Vgl. Nr. 3 b Anm. 13.

Wir hatten in unserer Partei im vergangenen Jahr eine Diskussion über das Mehrheitswahlrecht.[62] Ich gehöre zu den Anhängern des Mehrheitswahlrechtes, weil ich es für eine fundamentale Voraussetzung für die Stabilität der Demokratie halte. Leider ist damals bei dem ersten Wahlgesetz, das der Bundestag verabschiedet hat, weil wir nicht die Mehrheit hatten, es nicht möglich gewesen – auch wegen der besonderen Verhältnisse in den Ländern –, dieses Wahlrecht einzuführen. Ich habe aber auch nicht vergessen, daß auch in unseren Kreisen stärkste Bedenken gegen das Mehrheitswahlrecht – gerade unter konfessionellen Gesichtspunkten, zum Teil auch von Seiten der Heimatvertriebenen – geltend gemacht wurden. Wir müssen uns schon darüber Gedanken machen, was die Folge der Einführung des Mehrheitswahlrechtes sein wird.

Ich glaube, daß die Bereitschaft der SPD, zu dem Mehrheitswahlrecht zu kommen, durch ihren Wahlerfolg in Bayern erheblich beeinflußt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die Abwanderung von der Bayernpartei weg, vom BHE weg, örtlich sogar von der FDP weg, sich nicht in erster Linie zugunsten der CSU, sondern zugunsten der SPD ausgewirkt hat. Wenn wir nun die Wahlkreise verdoppeln müßten – es sei denn, daß das Parlament verkleinert wird, wozu sich wohl niemand bereit finden wird –, würde sich die bei uns stattfindende Umstrukturierung noch nachteiliger auswirken. Der industrielle Großraum München, d. h. mehr und mehr ganz Oberbayern, wird durch die stattfindende Umstrukturierung zu einer Art vergrößerter Industriegemeinde. Dadurch kann sich die SPD schon eine harte Chance ausrechnen, auch mit dem Mehrheitswahlrecht zu einem Erfolg zu kommen. Diese Chance wird für sie insbesondere dann gegeben sein, wenn sie damit rechnen kann, daß in gewissen norddeutschen Gebieten infolge der Koalition mit der SPD eine sehr starke Erschütterung des Wählervolks der CDU eintreten wird.

Wir sollten also jetzt sofort diese Verhandlungen auf beiden Seiten aufgreifen. Die Folgen, die sich im Falle einer Koalition mit der SPD ergeben, sollten von Landesverband zu Landesverband sorgfältig geprüft werden. Wir sollten aber noch einige Tage Zeit haben, ehe die Krise beendet wird.

Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß die Frage, welche Ressorts die Sozialdemokraten haben werden und welchen Einfluß sie nach bewährter Praxis von diesen Ressorts aus ausüben werden, für ihren zukünftigen Wahlerfolg nicht ohne Bedeutung sein wird. Wir haben in den Ländern, wo sie in der Regierung tätig sind, ganz bestimmte Beispiele. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß sie in sich

62 Im ACSP befinden sich keine konkreten Unterlagen zur Diskussion über das Mehrheitswahlrecht 1961/1962. Jedoch berichtet Strauß auf der Landesvorstandssitzung am 8. Dezember 1962, daß im Vorfeld einer möglichen Großen Koalition Gespräche zwischen von Guttenberg, Wehner und Lücke stattgefunden hätten, bei denen u. a. die Frage des Mehrheitswahlrechts behandelt worden sei (ACSP LV 08.12.1962, Kurzprotokoll S. 2). Vgl. auch Eckhard Jesse: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlrechtsdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983. Düsseldorf 1985 S. 111–113.

geschlossener, daß sie im großen und ganzen aktiver sind als wir. Hier wird, wenn das Mehrheitswahlrecht kommt, auch eine Umstrukturierung innerhalb unserer Partei notwendig sein. Wir haben ja – wenn Sie sich an die Forderung des Bundeskanzlers von Köln[63] erinnern – sogar an eine Bundesliste gedacht, weil bei uns auf dem Wege über Wahlkreisabsprachen nicht die Kandidaten durchzusetzen sind, die für eine qualitative, in voller Breite ausreichende Besetzung der Fraktion mit Fachleuten notwendig sind. Hier muß dann innerhalb der Partei dafür gesorgt werden, daß auch bei reiner Stimmkreisaufstellung, wenn es keine Listen mehr gibt, die Persönlichkeiten aufgestellt werden, die notwendig sind, damit man mit der SPD diskutieren kann. (*Wuermeling:* Ergänzungsliste!) Ich weiß noch nicht, wie das Mehrheitswahlrecht aussehen wird, ob es ein reines Mehrheitswahlrecht ist. Dies hat seine Vorteile, aber auch seine Nachteile.

Für heute können wir nichts weiter tun als sagen: nach zwei Seiten hin verhandeln. Wenn bei der FDP keine grundlegende Änderung zu erzielen ist, sollen die Verhandlungen mit der SPD ernsthaft forciert werden. Wir sollten aber nicht glauben, daß Wehner heute der freundliche Weihnachtsmann ist. Er ist der einzige in der SPD, der von Macht auf lange Sicht etwas versteht. Er war es ja, der in Godesberg[64] gesagt hat: Was kümmern uns Programme; wenn wir mit den Programmen an die Macht kommen, wird uns kein Mensch mehr hindern, die Politik zu betreiben, die wir für notwendig halten.

Adenauer: Herr Ministerpräsident Röder, bei dem Niederkämpfen eines Partners kommt es nicht auf die Zahl der Leute an, sondern es kommt auf die Qualität der Leute an. Es kommt darauf an, ob der Betreffende zusammenarbeiten will oder nicht. Da haben wir bei der FDP über ein Jahr lang diese ewigen Schwierigkeiten gehabt. Meine Herren, ich muß Ihnen gestehen: dieses ganze Jahr der Arbeit des Kabinetts war einfach schrecklich. Man kam und kam nicht weiter. Ich will jetzt keine Namen von der FDP nennen. Sie kennen sie ja alle. Da gibt es vernünftige und höchst unvernünftige darunter.

Dann haben Sie – ich glaube, ich habe gut aufgepaßt – einen Satz des Interviews des Herrn Döring mit dem „Corriere della sera" gar nicht beachtet. Vielleicht hören Sie noch einmal einen Augenblick zu. Die Stelle lautet: „Sie" – das heißt wir, unsere

---

63 Weder auf den Parteitagen 1954 und 1961 in Köln noch bei den vorangehenden Bundesvorstands- bzw. Bundesausschußsitzungen wurde das Wahlrecht angesprochen. Überlegungen zu einer Bundesliste spielten seit der 1. Legislaturperiode in Vorstandssitzungen immer wieder eine Rolle (vgl. z. B. PROTOKOLLE 1 S. 358 f.).

64 „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ... ist wichtiger als noch so präzis ausgedachte Programmformulierungen. Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben." In: SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg. Bonn 1959 S. 101.

Partei – „muß eine weichere und entspanntere Politik treiben. Sie muß sich klar sein, daß der Präsident der USA Kennedy und nicht mehr Eisenhower ist. Sie darf nicht weiter dem Traum der kontinentalen Abschreckungsmacht nachhängen."

Das ist der entscheidende Punkt für unsere außenpolitische Konzeption. Den werden wir auch der SPD vorlegen müssen; das ist ganz selbstverständlich. Aber wenn Sie zu einer solchen Aussage die Artikel hinzunehmen, die Herr Dehler[65] über unsere Außenpolitik geschrieben hat, dann sollte Ihnen doch wirklich angst und bange werden, was aus Deutschland werden soll.

Ich habe nur den einen Wunsch heute, daß wir – um mit den Worten von Herrn Gerstenmaier zu sprechen – auch bei der SPD zu einer echten Verhandlung schreiten. Ob die Verhandlung Erfolg hat, weiß ich nicht. Ich sage Ihnen, ich war fast erstaunt darüber, daß auf einmal Herr Wehner so den Heiligen Geist bekommen haben sollte. Deswegen – das möchte ich noch einmal sagen, Herr Barzel und Herr Schmücker: Ich habe nichts gesagt, bis ich die Stellungnahme des Vorstandes der SPD gehört habe, weil ich alledem nicht geglaubt habe. Der Vorstand der SPD hat erst am letzten Freitag nachmittag getagt. Erst am Freitag abend um 22.10 Uhr habe ich die Nachrichten gehört.

Es ist hier von dem Risiko gesprochen worden, aber es ist nur von dem Risiko gesprochen worden, das wir mit der SPD laufen. Natürlich laufen wir da ein großes Risiko. Aber mit der FDP haben wir bis jetzt ein wirklich großes Risiko gelaufen. Wer hat sich denn mehr eingesetzt für eine Koalition mit der FDP, als ich es getan habe? Wer hat mehr in den Jahren seit 1949 gegen die SPD gekämpft, als ich es getan habe? Aber ich glaube, wie die Dinge sind, sind wir zu echten Verhandlungen mit der SPD verpflichtet. Dabei möchte ich auch noch sagen: Wenn diese echten Verhandlungen mit der SPD Erfolg haben, dann wird unser Ansehen in der Welt ganz außerordentlich gesteigert werden. (*Zuruf:* Und in der Zone!) Dann sieht man dort, daß 90 % der deutschen Bevölkerung auf dem Standpunkt stehen, auf dem wir in der Verteidigungsfrage seit Jahr und Tag gestanden haben. Das ist für die Zukunft ungemein wichtig. Ich weiß nicht, wer von den Herren gesagt hat, man schüttele im Ausland den Kopf über uns; man lese bei uns immer nur dieselben Geschichten, als wenn gar keine außenpolitische Gefahr bestünde. Das ist hundertprozentig richtig. Ich sage Ihnen ganz offen, meine verehrten Damen und Herren, man muß sich oft geradezu schämen, wenn man sieht, wie die Titelblätter unserer Zeitungen in dieser außerordentlich schweren außenpolitischen Lage aussehen. Kein Mensch kümmert sich mehr darum. Ich weiß es nicht, ich habe das Vertrauen zu Kennedy, daß er bei den

65 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1949–1967 MdB (FDP), 1960–1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 11; Friedrich KLINGL: „Das ganze Deutschland muß es sein" – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. München 1987 S. 335 f.; Udo WENGST: Thomas Dehler 1897 bis 1967. Eine politische Biographie. München 1997; Thomas Dehler und seine Politik (Tagungsband der Reihe „Nach-Denken", hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland). Berlin 1998.

Verhandlungen mit Mikojan dabei geblieben ist[66], was er stets über Berlin gesagt hat: daß er nicht dulden würde, daß Berlin den Russen anheimfiele. Wer in Deutschland schreibt noch etwas darüber? Nur über den dreckigen „Spiegel" wird geschrieben und über das ganze Drum und Dran, das einem bald am Halse herauskommt.

Ich bin bereit, die Verhandlungen mit der FDP weiterzuführen. Ich werde der FDP dieses Interview Wort für Wort vorhalten und werde den, der das Interview gegeben hat, fragen, ob er das widerruft. Was glauben Sie, meine Freunde, denkt das Ausland von uns, wenn der Vorsitzende, der Führer einer Koalitionspartei, uns derart in der ganzen Außenpolitik in den Rücken fällt, indem er sagt: Wir müssen weicher werden – das heißt gegenüber Berlin –, wir müßten den Traum einer kontinentalen Abschreckungstheorie drangeben? Das ist verkleidet das, was das Ziel ist: die Neutralisierung Deutschlands. Die Neutralisierung Deutschlands würde bedeuten, daß wir zu einem Volk dritten, vierten Grades herabsinken, mit dem man macht, was man will. Ich bitte Sie doch, diese ganzen Fragen mitzubedenken.

Ich darf wohl feststellen, daß wir alle dafür sind, daß man zu echten Verhandlungen auch mit den Sozialdemokraten schreitet, wie es auch der Wille der Bundestagsfraktion gewesen ist. Ich kann nicht glauben – besonders nach der Stimmung, die da herrschte, als diese Fraktionsitzung war –, daß die Bundestagsfraktion nicht an echte Verhandlungen mit der SPD gedacht hat. (*Gurk:* Aber auch mit der FDP mit ernstem Nachdruck!) Ich habe schon mit der FDP ernst verhandelt und werde es weiter tun. Ich habe zuerst mit denen gesprochen. Sie selber, Herr Gurk, haben soeben gesagt, man sollte sich nicht mehr das gefallen lassen, was die gemacht haben. Wir haben es uns gefallen lassen – auch Herr Strauß –, wir sind zu denen ins Nebenzimmer gegangen und haben ein paar Stunden mit ihnen verhandelt. Ist das nicht ein Zeichen eines guten Willens? Herr von Brentano sagte: Nein, das dürfen wir nicht – vielleicht hat er recht gehabt –; er sei bereit, am anderen Morgen um 9 Uhr wieder zu verhandeln. Ich habe darum gebeten, wir können die doch nicht sitzenlassen, wir wollen verhandeln. Ist das kein Zeichen eines guten Willens? Sollen wir uns noch weiter erniedrigen vor der FDP? Wer hat die ganze Schweinerei über uns gebracht? Nur die FDP – und sonst niemand – durch den Rückzug ihrer Minister. Das war für unsere ganze Partei ein Schlag ins Gesicht. Ich verlange von einer Partei, daß sie auch Ehrgefühl zeigt und sich nicht einfach von dem Koalitionspartner ins Gesicht schlagen läßt und das ruhig einsteckt. Ich bin nicht gesonnen, das ruhig einzustecken. – Bitte, Herr Gurk, wollen Sie noch etwas sagen? (*Gurk:* Ich verzichte!)

Lücke: Zur Geschäftsordnung! Ich darf doch sehr darum bitten, daß die Dinge, die diese Verhandlungen betrafen, nicht aus diesem Saale herausgehen. Sonst ist wieder einiges gefährdet, und das sollte doch nicht sein.

Adenauer: Dann darf ich damit unsere Beratungen für heute schließen.

---

66 Treffen Kennedys mit Mikojan am 30. November 1962 in New York (AdG 1962 S. 10283).